

Volksmacht

Insertionsgebühr die sechs gepaltene Peltzelle oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Expedition: Paradiesgasse Nr. 32. Redaktion: Dominikswall Nr. 8. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen von 12 bis 1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon

Expedition 2537

Telephon

Redaktion 2552

Nr. 22.

Danzig, den 13. März 1912.

3. Jahrgang.

Aufgedeckte zaristische Verbrechen.

Ein raffiniert erfonnenes System von Fälschungen und Provokationen als Vorwand zum Staatsstreich, dann die Einkerkelung einer ganzen Parlamentsfraktion und ihre Aburteilung hinter geschlossenen Türen vor einem Ausnahmegericht — das ist in kurzen Zügen der Inhalt der Justiztragödie, die sich im Jahre 1907 in Rußland abgespielt hat.

Den Dienern des blutigen Nikolaus war selbst die gefügige zweite Duma noch nicht willfährig genug. Sie sahen darauf, sie zu beseitigen und die Arbeitervertreter, die Sozialdemokraten, ins Zuchthaus und in die Verbannung zu bringen. Zu dem Zwecke erfanden die Knechte des Zaren ein Verbrechen, das nicht existierte. Und ein General gab sich zu der Rolle eines Lockspiegels her. General Gerassimow, so hieß dieser Mensch, beschriftete neue Methoden der Provokation: das erwünschte Verbrechen vermochte er nicht ins Leben zu rufen, und so schuf er denn den Anschein eines Verbrechens, vertauschte die Karte und präsentierte an Stelle der von ihm geschaffenen Schandtat die Anklage wegen eines anderen Verbrechens. General Gerassimow organisierte die Einreichung eines „Auftrages“ der Petersburger Garnison an die sozialdemokratische Duma-Fraktion, er verlieh aber diesem Unternehmen eine solche Form, daß es als eine Konferenz der Fraktion mit den Delegierten der Garnison, als Konferenz zur Hervorrufung eines bewaffneten Aufstandes ausgegeben werden konnte. Dabei wußte er, wie alle seine Kollegen, mit Stolypin an der Spitze, daß dies eine Lüge war.

Ein früherer Agent der Petersburger politischen Polizei, Boleslaus Brodski, schildert die näheren Umstände des Komplotts folgendermaßen:

General Gerassimow beauftragte ihn gleich nach der Eröffnung der zweiten Duma, eine „Verbindung“ zwischen der sozialdemokratischen Fraktion und den geheimen Militärorganisationen „herzustellen“. Brodski verstand es, sich in dieser Organisation Zutritt zu verschaffen und dort den einflussreichsten Posten des Sekretärs des temporären Bureaus einzunehmen. Er benutzte nun die in einigen Kreisen der Genossen verbreitete Idee, im Namen der Truppenteile einen „Auftrag“ („Nakas“) an die sozialdemokratische Fraktion zu richten, in welchem diese um Vertretung der Interessen der Untermilitärs in der Duma gebeten wurde. Der Entwurf dieses „Auftrages“ wurde von dem General Gerassimow redigiert; die Soldaten, die sich nach den Räumen der Fraktion auf dem Newsky zur Überreichung des „Auftrages“ begeben sollten, wurden in der Wohnung eines Spitzels in Zivilkleider gesteckt; in dem Augenblick, wo sich die Soldaten in den Räumen der Fraktion einfanden, sollte auch Brodski mit dem „Archiv“ der Militärorganisation dajelbst erscheinen. Das Komplott der Ochrana gelang aber nur zum Teil. Die Soldaten wurden von der Fraktion sehr schnell hinauskomplimentiert, Brodski kam mit seinem „Archiv“ zu spät, und die Polizei, die zur festgesetzten Zeit in den Räumen der Fraktion erschien, fand weder die einen noch den anderen. Als der Justizminister wegen dieses Überfalls auf die Fraktion am folgenden Tage in der Duma zur Rede gestellt wurde, erklärte er, die Hausdurchsuchung habe das, „was sie aufdecken sollte“, nicht erreicht, weil die Polizei um eine halbe Stunde zu spät gekommen war. (Stenogr. Dumaber., Bd. II, S. 221 bis 222). Danach fand sich in dem späteren Anklagematerial eine Abschrift des berühmten „Auftrages“ der Soldatendeputation ein, die, wie Brodski mitteilt, von General Gerassimow den Gerichtsbehörden zugestellt wurde.

Trotz des offensichtlichen Mißerfolges des eingefädeltten Komplotts nahm die Regierung von ihrem Vorhaben, die Sozialdemokraten ins Zuchthaus zu schaffen, keineswegs Abstand. Die Staatsanwaltschaft kam der Polizei zu Hilfe. Hatte diese ihr Werk nicht ganz zu vollbringen vermocht, so sollte jene hinter geschlossenen Türen den Justizmord zu Ende führen. Wozu verfügte denn auch der Justizminister über folglose Untersuchungsrichter und in Verbrechen ergraute Senatoren?

Auf Grund des oben gekennzeichneten Anklagematerials wurde am 1. 14. Juni 1907 an die Duma die Forderung gestellt, die sozialdemokratische Fraktion, die eine „Verschwörung zum gewaltsamen Umsturz der Staatsordnung, zur Entsetzung Sr. Majestät des Kaisers und zur Einführung der demokratischen Republik auf sozialistischer Grundlage“ (!) organisiert hatte, den Behörden auszuliefern.

Die von der Duma eingesezte Kommission tagte am 2. 15. Juni vom Morgen bis zum Abend. Die Regierung wartete aber ihre Entscheidung nicht ab, sondern verhaftete noch in der selben Nacht den größten Teil der sozialdemokratischen Fraktion (37 von 55 Abgeordneten) und veröffentlichte am Morgen des 3. 16. Juni das verbrecherische Manifest, das den Staatsstreich verkündete. Ein Ausnahmegericht, der Besondere Gerichtshof des Kriminalkassationsdepartements des Senats, vollendete das Werk, indem es die sozialdemokratische Dumafraktion hinter geschlossenen Türen der „Verschwörung“ als überführt erklärte und die Angeklagten zu vier- und fünfjährigen Zuchthaus-

strafen, zum Verlust aller bürgerlichen Rechte und zu lebenslänglicher Zwangsansiedelung in Sibirien verurteilte.

Die angeklagten Abgeordneten lehnten es natürlich ab, an dieser Gerichtskomödie teilzunehmen, wo ihnen sämtliche Rechtsgarantien genommen waren. Das Bluturteil wurde in ihrer Abwesenheit gefällt.

Zu derselben Zeit fällt aber auch das Petersburger Proletariat sein Urteil über das Schandgericht, indem es in einer Anzahl von 150 000 Personen die Arbeit einstellte und die sozialdemokratischen Abgeordneten seiner Sympathien versicherte.

Fast fünf Jahre lang war das Dunkel über die grauenvolle Tat der Zarenregierung ungelichtet geblieben. Die verurteilten sozialdemokratischen Abgeordneten verbüßten die ihnen fälschlich zudiktierte Strafe auf der „Katorga“ oder als Zwangsansiedler in den Einöden Ostsibiriens. Zwei von ihnen, Dshaparidse und Dshugeli, starben im Gefängnis, Macharadse wurde irrsinnig, Zeretski und Lomtadise erkrankten an der Lungenschwindsucht. Da draußen aber, im Reich, feierte die Gegenrevolution ihre blutigen Triumphe.

Kirchhofruhe lagerte über dem geknechteten, ausgejagten Lande, während die aus dem Staatsstreich geborene dritte Duma, eine Frucht des oktroinierten Wahlgesetzes, als williges Werkzeug der Regierung und der herrschenden Klassen, die Macht der Reaktion auf allen Gebieten des Volkslebens zu festigen suchte. Nun ist diese Kirchhofruhe endlich gekrochen.

Die neu einsetzende revolutionäre Bewegung im Reich knüpft an dem Punkte an, wo die Reaktion den Ausläufern der großen Bewegung des Jahres 1905 den Todesstoß versetzt hatte. Sie unterwirft den Ursprung des herrschenden politischen Systems einer gründlichen Revision und zieht diejenigen zur Verantwortung, die ihr Verbrechen an dem Volke auf dem ruchlosen Komplott gegen die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma aufgebaut haben. Viele Tausende von Arbeitern haben, allen polizeilichen Hindernissen trotzend, die Forderung aufgestellt, daß ihre unschuldig verurteilten Abgeordneten aus den Kerker und der Verbannung zurückgeholt und in ihre Rechte ein eingesezt werden.

Mit dem russischen Proletariat zugleich erhebt die sozialistische Arbeiterschaft der übrigen europäischen Nationen die Stimme des Protestes. Die sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstages und der einzelnen Landtage der deutschen Bundesstaaten erlassen folgende Erklärung:

Am 1. 14. Juni 1907 erhob die russische Regierung Anklage wegen Hochverrats gegen die aus 55 Personen bestehende sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma und forderte ihre sofortige Auslieferung an die Gerichte. Die Reichsdumakommission lehnte nach Prüfung des Anklagematerials die Auslieferung ab, worauf die Regierung am 3. 17. Juni 1907 ihren Staatsstreich verübte, die Duma auflöste und 37 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion ins Gefängnis warf. Vor ein Ausnahmegericht gestellt, wurden die Angeklagten am 1. 14. Dezember 1907 hinter verschlossenen Türen, mit wenigen Ausnahmen, zu langjährigen Zuchthausstrafen und lebenslänglicher Ansedelung in Sibirien verurteilt. Nach vierjährigen unsäglichen Leiden der verurteilten Abgeordneten, nach dem Märtyrertode der Abgeordneten Dshaparidse und Dshugeli, hat es sich nun ergeben, daß die Verurteilung auf Grund eines Komplotts der Petersburger politischen Polizei (Ochrana) zustande gekommen ist, in dem die falschen Anschuldigungen von Lockspiegeln die Hauptrolle spielen.

Bereits die oben erwähnte Dumakommission war, wie von ihrem Berichterstatter, dem Abgeordneten der konstitutionell-demokratischen Partei, Teslenko, in einer Sitzung der gegenwärtigen Reichsduma bezeugt worden ist, einmütig zur Überzeugung gelangt, daß in diesem Falle: „keine Verchwörung der sozialdemokratischen Fraktion, sondern eine Verchwörung der Ochrana (politischen Polizei) gegen die zweite Reichsduma“ vorzuliegen hat. Die Bekennnisse des früheren Agenten der St. Petersburger Ochrana, Boleslaus Brodski, wie andere Enthüllungen, haben diesen Verdacht zur Gewissheit erhoben. Dennoch hat der russische Justizminister es schlechthin abgelehnt, eine Untersuchung über die detaillierten Angaben des Brodski einzuleiten. Vergebens haben die Oppositionsparteien der Duma versucht, eine öffentliche Erörterung der impudenter Angelegenheit herbeizuführen.

Schon aus dem Gefühl der parlamentarischen Solidarität hatten wir, die unterzeichneten Mitglieder deutscher Parlamente, uns für legitimiert, der von verschiedenen Seiten bereits laut gewordenen Forderung einer Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die unglücklichen russischen Abgeordneten beizutreten, und zwar einer Wiederaufnahme unter dem vollen Lichte der Öffentlichkeit. In wenigen Tagen wird das Plenum der Duma zu entscheiden haben. Im Namen der Kultur und Menschlichkeit erheben wir in letzter Stunde unsere Stimme für die gepeinigten Opfer, die in den russischen Kasematten und in den sibirischen Einöden schmachten. Wir erwarten, daß die Duma alles dafür einsetzt, um der mißachteten Gerechtigkeit Gehör zu verschaffen.

Berlin, den 29. Februar 1912.

Im österröischen Reichsrat brachte der schlesische Abgeordnete Reich die Anklage an den sozialdemokratischen Dumaverträttern begangene Verbrechen zur Sprache und gab der Überzeugung Ausdruck, daß das russische Parlament alles daran setzen werde, um der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen. Ob diese Hoffnung in Erfüllung gehen wird?

Die bürgerliche Presse schweigt, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, diesen Justizmord tot. Es ist nicht das erste Mal, daß sie in indirekter Weise den verbrecherischen Zarisismus unterstützt.

Politische Übersicht.

Staatsmonopole?

Das Berliner Tageblatt will aus sicherer Quelle erfahren haben, daß die Regierung an eine Art neue „Finanzreform“ denkt, die in der Errichtung einer Anzahl von Staatsmonopolen bestehen soll, um daraus die Kosten der Rüstungsvorklagen zu decken. Es hätten bereits Besprechungen zwischen dem Staatssekretär des Innern und Vertretern der bürgerlichen Parteien über diese Pläne stattgefunden; geplant sei ein Petroleum-, ein Kali-, ein Spiritus- und Zündholz-Monopol. Darauf ergeht ein Dementi durch das Wolffsche Telegraphenbureau, doch wird nur gesagt, daß der Staatssekretär nicht mit den Parlamentariern verhandelt habe, dagegen wird nicht gesagt, daß solche Monopolpläne nicht bestehen. Das genannte Blatt hält indessen seine Meldung aufrecht, nur mag vielleicht ein anderer als Herr Delbrück verhandelt haben.

Wenn auf diese Weise die Frage der Verstaatlichung verschiedener Produktionszweige in Fluß kommt, kann uns das nur recht sein. Dagegen wäre es ein geradezu verbrecherischer Wahnsinn, wenn wirklich die Regierung mit dem Gedanken umgeht, die Staatsmonopole zu errichten, um die Ausgaben der Rüstungsvorklagen zu decken. Es fühlt nämlich auch ein Blinder mit dem Krüchstock heraus, daß solche Monopole nicht von heute auf morgen geschaffen werden können. Was bei der Durchpeisung von Gelehen herauskommt, die wichtige wirtschaftliche Interessen berühren, sieht man an dem Kalifeseh und dem Wertzuwachsgelehe, die beide sich als total verpufft erweisen. Obendrein ist auch der Gedanke, ein Petroleummonopol in Deutschland einzuführen, das verkehrteste, was es nur geben kann, denn das ließe darauf hinaus, daß das Rockefeller'sche Privatmonopol dem Reiche die Preise diktiert und das Reichsmonopol einzig dazu dienen würde, die Verbraucher zugunsten der privaten Wucherer und des Reiches zu schröpfen.

Dagegen steht die Sache mit Kali, Spiritus und Zündholzern so, daß es nur gelten würde, bestehende oder in Vorbereitung begriffene Privatmonopole zu verstaatlichen. Ueber solche Pläne läßt sich wohl diskutieren. Vorbedingung für die Partei des Proletariats wäre freilich, daß die Interessen der Arbeiter dieser Industrien im weitgehendsten Maße gewahrt werden, ebenso wie die Interessen der Konsumenten. Außerdem kommt in Frage das Bewilligungsrecht des Reichstages, das einen Teil seiner Wirksamkeit einbüßt, sobald der Regierung dauernde Einnahmen aus derartigen Monopolen zuliegen. Schließlich handelt es sich darum, die Bevölkerung von indirekten Steuern zu entlasten, wenn derartige Einnahmen erschlossen werden.

Indessen würde die Frage, ob Industrien und Handelszweige zu verstaatlichen sind, in denen durch die Syndikale bereits monopolistische Gebilde geschaffen wurden, selbstverständlich in viel größerem Umfange diskutiert werden müssen. Es würde sich darum handeln, ob die Bankbetriebe, die Kohlen- und die Eisenwerke reif zur Verstaatlichung sind. Will die Regierung diese Fragen in Fluß bringen — wir sind bereit.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Der Ausgang einer Tragikomödie.

Endlich kann der Vorhang über dem großartigen — Drama fallen, das sich das deutsche Zentralparlament so herrlich vorgepielt hat: der neue Reichstag erlor für seine erste Session sein Präsidium. Es ist wieder einmal so gekommen, wie kein Mensch auch nur 10 Minuten vor der Auszählung der Stimmen wissen konnte, nämlich ganz anders, als alle geglaubt hatten. Das Präsidium besteht aus lauter Liberalen! Welch ein Witz der Weltgeschichte! In Deutschland haben wir kaum eine einzige Spur von Liberalismus, weder in der Regierung, noch im öffentlich-rechtlichen Leben, noch in den liberalen Parteien. Und doch wird die Volkvertretung vom Liberalismus „regiert“.

Die Nationalliberalen haben ihren Umfall glatt vollzogen. Hatte ein Teil von ihnen beim ersten Male sozialdemokratisch gesündigt und für Bebel und Scheidemann gestimmt, so sorgten sie beim zweiten Male dafür, daß die stärkste Fraktion des Reichstages aus der Leitung der Volkvertretung hinausgeworfen wurde. Wir begrüßen das! Denn nichts wäre gefährlicher, als irgend eine Taktik oder Politik auf die „Unfehlbarkeit“ der Nationalliberalen einzusetzen zu wollen! Je eher die Herrscher ihr wahres Gesicht zu enthüllen gezwungen werden, um so besser. Positionen der Nationalliberalen zu verdanken, und seien es auch nur solche formaler Natur, ist für die Sozialdemokratie immer diskretionell, weil es die Klassengegenstände, die in der Wirklichkeit vorhanden sind, zu verschleiern geeignet ist. Unser Beizien blüht viel besser so! Und das letzte Ende das Volk über die Politik entscheiden wird, so haben wir nur zu gewinnen. Unsere Machtansprüche geben wir nicht auf!

Im übrigen hat die Präsidentenwahl gezeigt, daß es im Reichstage eine „liberal-sozialdemokratische Mehrheit“ gäbe, wenn die Nationalliberalen liberal wären. Aber erstens wollen die Nationalliberalen keine liberalen Reformen und Taten, und zweitens ist die Mehrheit dann immer noch so winzig, daß der Schnupfen eines einzigen Abgeordneten ausreicht, die Mehrheit zur Minderheit zu machen. Eine solch schwankende Mehrheit kann keine „positiven Taten“ tun. Deshalb ist von diesem Reichstage nichts zu erwarten. Er wird fortwurzeln, wird weder die Kraft für Durchsetzung toller Zuchthausgesetze noch auch für fühlbare Fortschritte aufbringen. Er wird die deutsche bürokratisch-reaktionäre Reichsmaschinerie als brauchbares Schmieröl ohne Störungen und ohne Heißlaufen gut in Gang halten — weiter

Aus Westpreußen.

Das Ende des Streiks auf den Schichauwerften in Danzig und in Elbing.

Auf der Höhe des Kampfes, beschloßen die Streikenden der Schichauwerke, die Arbeit wieder aufzunehmen. Erfolge sind nicht erzielt worden. Zum zweitenmal kehren mutige Männer in die Fron zurück. Nicht befreit vom Kapitalisten, sondern verraten von eigenen Klaffengenossen! Die Macht der Millionenfirma vermochte das Resultat nicht herbeizuführen. Es ist das Werk der mangelnden Einsicht, der Verstandlosigkeit, der Knechtlichkeit nicht organisierter Lohnsklaven. Eine Rolle spielte auch der Mangel ausreichender gewerkschaftlicher Schulung der leider in verschiedenen Verbänden zersplitterten organisierten Kämpfer. Die Indifferenten allein hätten die Schlacht nicht zu Ungunsten der Arbeiter zur Entscheidung bringen können. Aber die Art der Erziehung, wie sie die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine belieben, gab mit den Ausschlag. Diese freisinnigen Gewerkschaften, deren Führer Tag und Nacht von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit schwärmen, die ratlos vor den harten Tatsachen des Klassenkampfes stehen, vermögen im Ernstfalle nicht opferbereite und entschlossene Truppen zu stellen.

Wären es doch auch in diesem Kampfe besonders Gewerksvereiner, die ihre Brüder im Stiche ließen und als Arbeitswillige in Elbing die Abteilung für Kessel- und Lokomotivbau (Trettkenhof) füllten. Langjährig organisierte Arbeiter wurden Streikbrecher. Wenn es auch Vertreter in den anderen beteiligten Gewerkschaften gab, die meisten lieferte der freisinnige Hirsch-Dundersche Verband. Durch das feige Verhalten der Deserteure scheiterte der Plan der Kämpfenden, die Schichauwerke völlig still zu legen. Eine alte Erfahrung lehrt, daß hinter dem Streikbruch stets eine Massenpanik lauert. Darum gebot die Klugheit den Kampf abzubrechen — bis zum nächstenmal! Noch am vorigen Sonnabend meldeten sich in Danzig und in Elbing 3500 Streikende zur Kontrolle. Daher kann mit Recht gesagt werden, daß der Kampf auf voller Höhe abgebrochen wurde.

Solche Ereignisse, und auch verlorene Schichten, sind notwendig, um den Arbeitern die Grundbegriffe der Arbeiterbewegung einzupauken. Darum wird auch der verlagte Schichaufstreik von Nutzen für das gewerkschaftliche Leben sein. Der größte Feind des Arbeiters ist der Arbeiter selbst! Diesmal lernten wir die Wahrheit dieses Wortes neu erkennen. Damit ist aber auch der Weg gefunden, der betreten werden muß, um aus Heloten steifnackige, trohige und einschlässene Männer zu machen. Durch Aufklärung des Proletariats über das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise zur Einigkeit der Arbeiter! Durch Einigkeit zum Siege der Unterdrückten über die Herrschenden!

Die Krankenkassenvorstandsmitglieder teilten der Firma Schichau den Beschluß der Streikenden, die Arbeit wieder aufzunehmen, mit. Maßregelungen sollen nach den getroffenen Vereinbarungen nicht vorgenommen werden.

In Danzig erfolgt die Arbeitseinstellung in dieser Reihenfolge:

Dienstag, morgens 8 Uhr: Zimmerleute, Elektriker, Kesselwärter, Schmiede, Stemmer und Hofarbeiter.
Dienstag, nachmittags 2 Uhr: Schiffbauer und Helfer.

Mittwoch, vormittags 8 Uhr: Knarrer.
Mittwoch, nachmittags 2 Uhr: Rieter und Tischler.
Donnerstag, vormittags 8 Uhr: Schlosser, Dreher, Kesselschmiede, Kupferschmiede, Maler und Anstreicher, Maschinenbauer des Meisters Kriesch und sonstige Arbeiter.

Danzig.

Fort mit der Sparjamkeit! Die Volkswacht führt seit ihrem Bestehen den schärfsten Kampf gegen die Danziger Kommunalpolitik. Stets forderten wir strengste Sparjamkeit und zugeknöpfte Taschen, wenn feudale Sportvereine und Großkapitalisten Subventionen aus dem Stadtsäckel begehrten. Wir predigten laubende Ohren, weil die Danziger Arbeiterschaft noch nicht gelernt hat, ihre Macht für die Beteiligung an der Gemeindeverwaltung einzusetzen. Das wird sich früher oder später bestimmen zum Besseren ändern.

Die Ironie des Schicksals will nun, daß wir der Stadtverwaltung sofort, wie sie wirklich zu sparen versucht, auf den Kopf steigen müssen. Es soll gespart werden, gewiß. Aber nicht beim Etat der Allgemeinen Armenverwaltung. Und gerade hier setzten die Stadtverordneten für das laufende Jahr bei den Ausgaben 6630 Mark weniger ein! Der jetzt herrschende Kurs, Armenrenten herunterzudrücken oder völlig zu entziehen, soll konsequenter durchgeführt werden. So wollen es dieselben Herren, die den Besitzenden Millionen in den Schoß werfen.

Wie es um die Danziger Armenpflege bestellt ist, dafür sprechen folgende Äußerungen verschiedener Stadtverordneter aus der Sitzung vom 5. März 1912:

Stadtverordneter Enk machte darauf aufmerksam, daß der Etat geringere Zahlen aufweist als früher. Es sei erfreulich, wenn der Dezerent mit geringeren Zahlen auszukommen gedenkt. Er möchte aber doch daran erinnern, daß dabei der nötige Takt hinsichtlich der bisher gezahlten Beträge geübt werde. Er gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Entziehung von Unterstützungen in möglichst rückwärtsweiser Weise geschehe, damit den Armen vornehmlich ihr Amt nicht verleidet werde. Bei der früheren Verwaltung habe man ein weitverbreitetes, mildere Auffassung gefunden, und er wünsche nur, daß nicht der militärische Ton Platz greife, wie ihn der neue Dezerent schreien anzulassen wolle. Auch der Arme habe ein Ehrgefühl, auf das man Rücksicht nehmen sollte. Er führe einzelne Beispiele an, wo sich Bittsteller über die Behandlungsweise beklagt hätten.

Stadtverordneter Heinisch gab der Bewunderung Ausdruck, daß für Unterstützungen in diesem Jahre 6630 Mark weniger eingesetzt seien als früher. Soll denn die Verhältnisse bei den Armen besser geworden sein? Ihm sei eine Reihe von Fällen bekannt, wo man einzelnen Witwen, die monatlich 3 und 6 Mark bekommen, diese Unterstützung gestrichen habe. Im Etat sei das damit begründet, daß die Kontrolle schärfer geworden sei. Wie das geschehen sei, entziehe sich der Beurteilung des Redners. Das eine wisse er nur, daß ordentlich aufgeräumt sei mit den kleineren Unterstützungen. Ebenso sei auch die geringe Geneigtheit zur Erteilung von Armenstützen für gerichtliche Klagen zu bemängeln, damit brauchte nicht so sparsam umgegangen werden.

Stadtverordneter Nitz ist damit nicht einverstanden, daß man hilfsbedürftige Arme mit 3 bis 7 Mark im Monat abbeire, damit könne doch eine Person nicht leben. Es sei doch besser, die Armen an eigene Füße zu stellen, vielleicht durch Hergabe eines Stückchen Brot. Vielleicht könne man auch Trübsal an arme Schul Kinder verteilen.

Auf diese Anklagen aus dem eigenen Lager mußten die Vertreter des Magistrats nichts Rechtes vorzubringen. Der Dezerent der Armenverwaltung, Stadtrat Dr. Evert, schilderte

einige Fälle, in denen Personen zu Unrecht Unterstützung bezogen haben. Er sprach auch von Sparkassenbüchereibehaltern, die trotz erheblich gesparter Beträge doch Armenunterstützung verlangten. Das mag alles mal vorkommen. Dadurch wird jedoch die wirklich vorhandene Armut und die Pflicht der Gemeinde zur Linderung der Not um nichts geringer. Katholisch kirchlich die Stadtverordneten schließlich 6630 Mark aus dem Etat für die Armen. Und die Neuesten Nachrichten üben ihren Witz an diesem traurigen Geschehnis, in einem geistreichenden Poguttkurzgeß vor dem Bericht über die Stadtverordnetenversammlung:

„Borki, Hauptmann, Veierlein und Wilhelm Busch selig hätten sich gestern abend im Hochparterre des Rathauses, großer Saal rechts, ein Stelldichein zu Studienzwecken geben können. Jeder wäre auf seine Rechnung gekommen... Jedenfalls leuchtete aber die Sonne eines verschönten Humors auch in diesem Saale, denn verführt zeigte sich ja am Schluß der einen langen Debatte alle, die sich ziemlich deutlich ausgesprochen hatten. So soll es wohl auch sein, getrennt mit scharfer Klinge sich schlagen, und vereint marschieren zum guten Ziel der Sorge ums allgemeine Wohl.“

Wir wissen ohnehin, daß eine Krähle der andern nicht die Augen aushaut. Daß den Armen 6630 Mark zum „allgemeinen Wohl“ entzogen werden mußten, stimmt, wenn man auf dem Standpunkt der Neuesten Nachrichten steht. Ihnen verkörpert sich das „allgemeine Wohl“ in den kapitalistischen Interessen.

Der beleidigte Polizeiminister.

Polizeilichen Besuch erhielt die Redaktion der Volkswacht am Sonnabend Vormittag. Zwei Kriminalbeamte erschienen, um Hausdurchsuchung zu halten und die Nummer 12 vom 7. Februar 1912 zu beschlagnahmen. In dieser befindet sich ein Leitartikel: Verewigung des Dreiklassenwahlrechts, der sich mit den Ausführungen des Ministers v. Dallwitz im preussischen Abgeordnetenhaus beschäftigt. Der betreffende Artikel soll nach Ansicht der Behörde einen strafbaren Inhalt bergen. Die Expedition und die Druckerei wurden von der Polizei ebenfalls beehrt. Leider war die aufgewendete Mühe vergeblich, da die Auflage der Nummer 12 bereits vergriffen war. Auf den kommenden Prozeß zugunsten des preussischen Dreiklassenwahlrechts dürfte mit uns mancher andere gespannt sein.

Der Feldzug beschränkt sich, wie mittlerweile festgestellt wird, durchaus nicht auf einen Ort. Zur gleichen Stunde, da die Beamten bei uns erschienen, durchsuchte ein ganzes Heer von Kriminalpolizisten unter Führung von mehreren Kriminalkommissaren sämtliche Räume der Redaktion, Expedition und Druckerei unseres Breslauer Bruderblattes. Kein Winkel, selbst die Klosetts blieben davon nicht verschont. Jedes Stück Papier wurde auf seinen staatsgefährlichen Inhalt geprüft und einer eingehenden Durchsicht unterzogen. Nach zweistündiger mühevoller Arbeit zogen die Polizisten, es waren nicht weniger wie achtzehn Mann, ab, ohne daß ihre Arbeit von Erfolg gekrönt gewesen wäre. Nicht einmal die Nummern mit dem inkriminierten Artikel wurden gefunden. Besuch wurde nach dem Manuskript eines Leitartikels vom 2. Februar dieses Jahres „Keine Wählerreform in Preußen“, der sich gegen die Landtagsrede des preussischen Polizeiministers v. Dallwitz wendete, in der der Minister die Beamten, die bei der letzten Wahl sozialdemokratisch gewählt haben, Lügner und Eidbrecher nannte.

Da die Hausdurchsuchung in die eigentliche Redaktionszeit fiel und die Redakteure dadurch erheblich an der Ausübung ihrer Arbeit gehindert wurden, sahen sie sich unter Freilassung eines ganzen Seite zu folgender Erklärung veranlaßt: „18 Polizeibeamte durchsuchten heute Sonnabend vormittag die Redaktionsräume und die Expedition der Volkswacht nach dem Manuskript eines Leitartikels vom 2. Februar. Ihre stundenlangen Bemühungen waren zwar vergeblich, hinderten aber die Redaktion an der Fertigstellung der heutigen Nummer. Deshalb müssen sich unsere Leser mit diesem weißen Raum begnügen!“ — Die Breslauer Genossen antworteten am darauffolgenden Tage mit einer umfangreichen Hausagitation für die Volkswacht.

Am Montag, den 11. März, waren die Genossen Schröder und Langowski vor den Untersuchungsrichter geladen. Beankstandet ist fast der gesamte Inhalt des fraglichen Artikels. Daß wieder einmal der Versuch gemacht werden soll, den Drucker mit haftbar zu machen, ist eine der Wunderlichkeiten dieses Verfahrens mehr. Ein durch und durch saules System, wie das preussische Dreiklassenwahlrecht, ist durch Staatsanwalt und Polizei nicht zu retten.

Aussperrung und Streik im Schneidergewerbe. Mit anderen Städten teilt Danzig das Schicksal, in den Wacktkampf, der sich gegenwärtig im deutschen Schneidergewerbe abspielt, hineingezogen zu sein. Dabei wäre in Danzig der Kampf mit Leichtigkeit zu vermeiden gewesen, wenn die Unternehmer dies gewollt hätten. Nur eine kleine Gruppe, die Damen Schneider, hatte Forderungen gestellt. Und auch diese Wünsche bewegten sich in bescheidenem Rahmen. Die Solidarität der Unternehmer, indessen übertrifft in vielen Fällen das Zusammengehörigkeitsgefühl der Arbeiter. Um die in anderen Städten bedrängten Meister herauszureißen, zaudern die Danziger nicht einen Augenblick, in der Zeit der besten Konjunktur Hunderten von Familienvätern den Stuhl vor die Tür zu setzen. Selbst wenn wider Erwarten der Kampf für die Unternehmer günstig ausfallen würde, ist das Geschäft einer Saison für sie zum Teufel. Diese Erwägung hält die kleinen Scharfmacher aber nicht zurück, wenn es gilt, den Arbeitern den „Herrn“ zu zeigen.

Die vier Arbeiterverbände für das Schneidergewerbe hatten am 6. März ihre Mitglieder in den Kaiserhof eingeladen. Die angekündigte Aussprache über die von den Unternehmern beschlossene Aussperrung übte eine so große Anziehungskraft aus, daß der geräumige Saal überfüllt war. Bei Eröffnung der Versammlung verlas der Vorsitzende folgendes Schreiben der Unternehmer:

Danzig, 5. März 1912.
Als Ortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Arbeitgebersverbandes für das Schneidergewerbe, sind wir durch Hauptvorstandsbeschluss verpflichtet, die Betriebe unserer Mitglieder am Sonnabend, den 9. März zu schließen und damit unsere in anderen Städten betriebe Kollegenschaft solidarisch zu unterstützen.
Wir geben Ihnen von dieser Maßnahme Kenntnis und zeichnen Achtungsvoll
M. Guhke F. Strohmenger
Vorständiger Schriftführer.

An die Verlesung des Schreibens knüpfte sich eine lebhaft ausgeführte Aussprache. Ein Vorschlag, die Arbeit so gleich niederzulegen, fand freudige Aufnahme. Beschlossen wurde dann, am Abend des 8. März Schluß zu machen und den Unternehmern die angefangene Arbeit zur Verfügung zu stellen.

Daß die Zahlung des geforderten Lohnes möglich ist, beweist die Tatsache, daß bereits mehrere Firmen bewilligt haben, es sind dies Dominik & Schäfer, Konjak & Lettau, Konjerowski, Banach, Jankowski, Schuhmacher, Weide und Wenzack-Langfuhr.

Die Versammlung kritisierte scharf das einseitige Verhalten der Redaktion der Danziger Neuesten Nachrichten. Diese hatte eine Notiz aufgenommen, die von Unternehmenseite ausging und in der sich auch Verdächtigungen gegen Arbeiter fanden. Als die Schneider eine Berichtigung ein sandten, lehnte die

Redaktion der Neuesten Nachrichten sie ab. Eine so parteiliche Stellungnahme zugunsten der Unternehmer empörte die Schneider mit Recht.

Spät nach Mitternacht erst ging die Versammlung zu Ende. Hätten die aussperrenden Unternehmer den frohen Mut der Arbeiter sehen können, so wäre manchem doch wohl einiges Bedenken gekommen. Die Sonne sendet so manchen Tag ihre wärmenden Strahlen hernieder. Sie und der kommende Frühling sind mit den Schneidern im Bunde. Das werden die Unternehmer bald genug merken.

„Nordbrenner“. Es ist bezeichnend, daß wir uns fortgesetzt mit fremden Leuten herumschlagen müssen, die sich Christen nennen und denen das christliche Gebot: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden, bekannt ist. Aber, es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Das evangelische Danziger Blättchen, mit einer Bibel (!) an der Stirne, schämt sich nicht, in einem Leitartikel zu schreiben:

„Wir in Braude 3 haben nationalliberal gewählt, und die Nationalliberalen haben danach Bebel zum Reichstagspräsidenten gewählt, denselben Bebel, der die 1871 heimkehrenden Truppen „Nordbrenner“ nannte.“

Demgegenüber geben wir nachstehende Erklärung wieder, die Genosse Bebel am 3. Mai 1907 im Vorwärts veröffentlichte:

„Wie ich vernehme, hat die Kölnische Zeitung vor einigen Tagen folgende Notiz veröffentlicht:

„Bodum, 28. April. Die Strafkammer hat den Arbeiter Georg Welsch aus Annen wegen Beleidigung der Teilnehmer am deutsch-französischen Kriege zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Als in einer Wählerversammlung ein Redner den Einzug der Sieger schilderte und dabei auf eine Aeußerung Bebels Bezug nahm, der der Aufforderung: Fahnen heraus! das Wort entgegengesetzt habe: Trauerfahnen heraus! Die Nordbrenner kommen! hatte der Angeklagte gerufen: Ja, das sind sie auch!“

Ich habe hierauf zu erklären, daß ich niemals eine Aeußerung wie die in dem Bericht der Kölnischen Zeitung enthaltene oder ähnliche gemacht habe.

Diese angebliche Aeußerung ist eine der Unterstellungen, die mir seit geraumer Zeit in einem Teil der bürgerlichen Presse systematisch gemacht werden, sie ist eine nichtswürdige Lüge.“

Wie wir jene Christen kennen, werden sie den Lesern ihres Blättchens nicht reumütig eingestehen, daß ihnen eine Lüge aufgesetzt wurde. Das Hezen verstehen solche evangelische Druckerzeugnisse so gut, wie die katholische Presse. Würden wir Sozialdemokraten in jedem Falle gegen die Verleumdungen durch unsere Begner die Gerichte anrufen, dann müßten sicher neue Gefängnisse erbaut werden. Rätselhaft ist uns, wie die Frommen ihre böse Laten am jüngsten Bericht rechtfertigen wollen.

Zu einem Familienabend hatten die Abonnenten der Arbeiter-Jugend ihre Angehörigen geladen. Es handelte sich nicht um eine künstlerische Veranstaltung oder um ein großzügiges Fest, sondern lediglich um ein gefälliges Beisammensein bei ernst und heiteren Vorträgen. Alle Darbietungen wurden von den Jugendlichen bestritten. Im allgemeinen verlief der Abend anregend. Wir wollen aber, im Interesse der Jugendbewegung, nicht verhehlen, daß in Zukunft auch für solche Veranstaltungen ein viel sorgfältigeres Programm gewählt werden muß. Der Bildungsausschuß wird in ungenügender Weise mit den Jugendlichen treten, damit sie recht schnell alle Schlacken abstreifen, die ihnen dank der kapitalistischen Erziehung noch anhaften. Es läßt sich aus unseren Jugendlichen an Können viel herausholen, das bewies der Familienabend. Ernste Wollen und gute Anlagen sind als wertvolles Rohmaterial reichlich vorhanden. Es muß nur geläutert werden. Allen jungen Freundinnen und Freunden, die uns mit ihren Leistungen unterhielten, möchten wir dringend raten, sich an den praktischen Redebungen zu beteiligen, die jeden Montag im Kartellzimmer stattfinden. Neben ist eine Kunst. Wer den Zuhörern gar Schätze aus dem Füllhorn der Poesie übermitteln will, der muß sich vorher mit Eifer und Ausdauer in die Schönheiten der Sprache vertiefen, der muß den Sinn der Worte erforschen. Nur dann sind das richtige Pathos und die richtige Betonung zu treffen. Wir schreiben diese Zeilen, damit die Eltern erkennen sollen, wieviel noch auf dem Gebiete der proletarischen Jugendbewegung zu tun ist. Die Lösung der meisten Aufgaben ist nur möglich, wenn alle berufenen Jungmänner, alle älteren Genossen und Genossinnen gemeinsam mit der jugendwachsenen Arbeiterjugend das Feld unserer Zukunft bebauen. Mehr Verständnis für die Frage der Jugendbewegung, mehr Mitarbeit, das dürfen wir von allen verlangen, die zu uns gehören.

Die Jugendlichen können mit Befriedigung auf ihre erste Veranstaltung aus eigener Kraft zurückblicken. Das Familienfest verlief harmonisch. Der prächtige Eifer, die Talentlust, das christliche Streben der Jugendlichen, sind freudig zu begrüßen. Nur frisch voran! Es wird und muß gelingen: daß auch in Danzig die freie Arbeiterjugend, alle reaktionären Schranken zerlöchernd, zur folgen unüberwindlichen Macht wird!

Darum die Blumenrummel. Aus dem letzten Jahresbericht des Armenunterstützungsvereins in Neufahrwasser ist ersichtlich, daß die Mitgliederzahl von 202 auf 186 zurückgegangen ist. Die lästige Pflicht, still und ohne Aufsehen Milderzigigkeit zu üben, hat eben nichts Verlockendes. Darum ist es modern geworden, durch wüsten Spektakel und öffentlichen Massenbettel auch den Armen die Großchen abzuknöpfen, die zur kapitalistischen Wohlthätigkeit dienen sollen. Eine neue Steuer auf die Schultern des Volkes, damit die Reichen geschont werden.

Zum Kapitel: Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden. Der rückständigen Gesetzgebung entsprechend, müssen die Gemeinden nur solche Beamten anstellen, die der Regierung genehm sind. Die am 20. Februar von der Stadtverordnetenversammlung vollzogene Wahl des Gerichtsassessors Fritz Dumont zum befohdeten Magistratsmitgliede der Stadt Danzig auf eine zwölfjährige Amtsdauer ist vom Regierungspräsidenten bestätigt worden.

Solange nicht das preussische Dreiklassenwahlrecht mit Stumpf und Stiel ausgerottet ist, werden die Gemeinden auf das wirkliche Selbstverwaltungsrecht verzichten müssen.

Das verschwendene Kind. Eine Familie aus Einlage brachte vor drei Wochen ein zweijähriges Kind, das an Tuberkulose litt, in das Diakonissenhaus. Vor einigen Tagen teilte die Anstalt den Angehörigen des Kindes mit, daselbe sei nach der Sandgrube überführt. Am 10. März kam eine Tante des Kindes, um sich von seinem Wohlergehen zu überzeugen. In dem früheren Krankenhaus in der Sandgrube wußte man von der Einlieferung des Kindes nichts. Nun ging die Frau nach dem Diakonissenhaus. Dort wurde auf das bestimmteste behauptet, das Kind wäre in der Sandgrube. Eine abermalige Nachfrage in der Sandgrube ergab dann bestimmt, daß das Kind nicht dort war. Nun pilgerte die Frau nach dem neuen Krankenhaus in der Delbrückallee, um auch den Weg vergebens zu machen. Vergeblich war

auch die Nachfrage im Säuglingsheim. Nach vieler Mühe wurde das Kind dann im Krüppelheim entdeckt. Die Besuchskunde war natürlich längst verärgert.

Seeschilder. Im Laufe der Monate März und April d. Js. werden im Bezirk des Hafenaufwärters Danzig-Neufahrwasser nachfolgende Seeschilder angelegt:

1. Die rote Spierentonne und schwarze Spierentonne vor der Weichselmündung bei Schiwenhorst.
2. Die Ansteuerungstonne, die drei roten Spierentonnen und zwei schwarzen Spierentonnen vor der alten Weichselmündung bei Neufahr.
3. Die weiße Bakentonne vor Weichselmündung „Weichsel-N“.
4. Die Ansteuerungstonne, die zwei roten Spierentonnen und eine schwarze Spierentonne der Hafeneinfahrt vor Neufahrwasser.
5. Die rote stumpfe Tonne vor Zoppot.
6. Die Ansteuerungstonne, die zwei roten Spierentonnen und zwei schwarzen Spierentonnen im „Puhiger Deepke“.
7. Die weiße Bakentonne an der Westseite des Heisternecker Hafens „Heisternecker W“.
8. Die weiße Bakentonne an der Westseite von Alt-Hela „Hela S“.
9. Die weiße Bakentonne an der Südspitze des Helaeriffs „Hela S“.
10. Die weiße Heultonne an der Ostseite von Fedderort „Fedderort O“.
11. Die grüne stumpfe Bracktonne nordöstlich vom Sturmwarnungsmast Puhiger Heisternecker (Brack des Archimedes).

Gleichzeitig werden die im Herbst 1911 ausgelegten Winter-Seeschilder eingezogen.

Über eine polizeiliche Festnahme. die am letzten Sonnabend Nachmittag auf dem Langenmarkt stattfand, wird uns von Augenzeugen berichtet. Wie diese angeben, wollte dort ein Schuhmann einen jungen Mann errettern. Dieser erklärte sich zum freiwilligen Mitgehen bereit, sträubte sich indessen, als ihn der Beamte fesseln wollte. Ein anderer Schuhmann kam seinem Kollegen zu Hilfe und der Widerstrebende mußte nun mit zur Wache. Er wurde nach kurzer Zeit entlassen, weil der Grund der Verhaftung in einer harmlosen Übertretung der Straßenpolizeiordnung lag. Da der junge Mann gegen den Schuhmann Strafantrag gestellt hat, wird sich aus Gelegenheit bieten, ausführlicher auf den Fall zurückzukommen.

Angeschwemmte Leichen. Im Kaiserhafen wurde die Leiche eines älteren Mannes angeschwemmt. Der Tote kann nur kurze Zeit im Wasser gelegen haben und gehörte der Kleidung nach zum Arbeiterstande. — Am Frantort brachte die Schraube eines Dampfers eine zweite männliche Leiche an die Oberfläche der Rottlau. Dieser Ertrunkene trug bessere Kleidung und muß bereits einige Wochen im Wasser gelegen haben. Anscheinend hat er ein Alter von etwa 40 Jahren erreicht.

Im Olivaer Walde erdäunte sich ein 21-jähriger Kaufmann aus Langfuhr.

Berichtliches.

Zwei Urteile.

Das Obergericht in München hat einen Leutnant freigesprochen, der einen Schuhmann auf der offenen Straße demmaßen schwer mißhandelt hat, daß dieser vorläufig auf ein Jahr

penioniert werden mußte. Der Offizier hatte in Zivil gekneipelt, alsdann auf der Straße durch sein Benehmen Mergernis erregt und sollte deshalb zur Polizei geführt werden; er schlug nun einen Schuhmann zu Boden (anscheinend mit einem Schlüsselbund) und verfiel auf der Wache, daß er bedauerlich seinen Stock bei sich zu haben, sonst läge der Schuhmann jetzt draußen auf der Straße. Für diese Aufführung hatte das Kriegsgericht den Leutnant zu einem Monat Gefängnis und fünf Mark Geldstrafe verurteilt. Das Obergericht dagegen sprach ihn frei, und zwar auf Grund eines oberstabsärztlichen Gutachtens, das sich dahin aussprach, daß er erblich in nervöser Hinsicht belastet sei und in pathologischem Kaufzustand gehandelt habe, und daß ihm deshalb der Schutz des § 51 des Reichsstrafgesetzbuches zugewilligt werden müsse.

Glücklicher Leutnant, der ein solches Gutachten beibringen kann!

Einem armen Teufel, dem kein Gutachter zur Seite stand, der allerdings auch nicht wegen einer Roberei, sondern wegen eines geringfügigen Rotvergehens in Waldenburg (Schlesien) vor die Strafkammer kam, erging es dafür ganz anders. Der Mann, ein Tagelöhner und Vater von acht Kindern, war auf einer Grube zu einem Tagelohn von 2,80 Mark beschäftigt. Um nun seiner zahlreichen Kinder für die Schuhe zu sorgen, hatte sich W. neben anderen unbedeutenden Sachen, die meist zum alten Eisen gehörten, auch einige Stücke Riemen mit nach Hause genommen. Der Angeklagte entschuldigte seine Tat mit der großen Not, in der er infolge des geringen Verdienstes und durch Krankheit mehrerer Kinder geraten sei. Trotzdem: er wurde, gemäß dem Antrage des Staatsanwalts, zu einer Gefängnisstrafe von fünf Monaten verurteilt, trotzdem er wegen Diebstahls noch nicht vorbestraft war.

Ob wohl endlich einmal ein Gutachter aufsteht, der die nervöse Belastung, der ein solcher armer Teufel durch Elend und Not zweifellos unterliegt, für ihn ins Treffen führt und mit dem — durch Knut Hamsun erschütternd dargestellten — Kaufzustand infolge Hungers für ihn den Schutz des § 51 beansprucht? — Angehörts derartiger Urteile erscheint es höchste Zeit dazu.

Sozial's.

Prekaptalismus und Christentum.

Bemerkenswerte Einsichten in das Wesen des völlig zum großkapitalistischen Geschäftsbetrieb gewordenen Zeitungswesens finden wir bei amerikanischen Schriftstellern. Genosse Robert Hunter erzählt im Soc. Dem. Herald von einem Gespräch mit einem halben Duzend der ersten Schriftsteller des Landes, deren Einkommen von 20 000 bis über 50 000 Dollar beträgt. Hunderttausende und Millionen lesen jedes ihrer Worte. „Aber jedem einzelnen dieser Lohnvererber ist kein Geschäft herzlich verleidet. Keiner von ihnen wird Lügen schreiben. Aber keiner von ihnen kann die volle Wahrheit schreiben. Eines Abends sagte mir einer dieser Schriftsteller: „Ich will es aufgeben: Ich kann es nicht länger aushalten. Gestern verbrachte ich den ganzen Tag mit dem Eigentümer einer großen Zeitschrift. Um jede Zeile, um jedes Wort, die ich geschrieben hatte, mußte ich mit ihm kämpfen.“ Ein anderer sagte mir: Denken Sie, daß ich in der sozialistischen Bewegung meinen Unterhalt finden könnte? Ich will nur den bloßen Unterhalt und eine Möglichkeit, die volle Wahrheit zu sagen.“ Die volle Wahrheit — denn diese Männer sind Sozialisten. Ein Dollar jährlich von jedem Gewerkschaftler würde eine fürchtbare, machtvolle Arbeiterpartei bedeuten. Würde eine freie Presse bedeuten, von den Arbeitern als Eigentum verwaltet, um die Wahrheit, die volle

Wahrheit zu erzählen. Würde bedeuten, daß die Arbeiterbewegung statt ihre Redakteure auszubedenken, und Not leiden zu lassen, ihnen einen anständigen Lebenslohn zahlen könnte. Würde bedeuten, daß der Arbeiterbewegung die Dienste der besten Köpfe des Landes zu Gebote ständen.“

Sehr bezeichnend ist auch, was im Vorwort zur Festschrift des Journalistenvereins von Milwaukee zu lesen ist. Einmal im Jahre schreiben da die Kultus der kapitalistischen Presse als freie Männer. Da wird dem Publikum gesagt: „Ihr verlangt alles, was wir geben können, nur keine Wahrheit. Wie ihr die Wahrheit fürchtet! Ihr füllt die Kasse unserer Beschäftigten, die unsere Feder irreführen. Ihr schützte Gold in die Presse, damit unsere Wahrheiten verdeckt werden, ihr bietet Dukaten für unsere Ehre und Selbstachtung. Ihr versteht nicht? Dann hört: Als wir noch mit Federkielen schrieben, gab es für euch Ideale. Wir schrieben damals wahrheitsgemäße Zeitungen und bauten sie auf Grundfäßen, Ehrlichkeit und klarem Willen auf. Ihr wolltet Ideale — denn ihr waret ein schlechtes Volk. Jetzt? Ihr seid nicht mehr schlecht. Ihr verlangt kein Prinzip: ihr verlangt Nachrichten. Und ihr fürchtet die Wahrheit. Ihr seid die wahren Verderber unserer Zeitungen. Weil ihr unser Brot in der Hand habt, verkaufen wir gezwungen unsere Ehre. Einen Tag erzählen wir einem Teil von euch, wie groß der andere Teil ist; und am gleichen Tage erzählen wir dem anderen, wie groß der erste Teil ist. Wir verlangen danach, euch Wahrheit zu sagen, die großen guten Wahrheiten, und die kleineren unsauberen. Nur würdet ihr dann uns das Brot nehmen. Die fürchtlosen Schriftsteller mit hohen Grundfäßen aus den alten Tagen sind gegangen, wie das Pressegeschäft groß wurde. In der Tiefe unseres Herzens wünschen wir, ihnen zu gleichen. Manchmal versuchen wir es — gewöhnlich kostet es uns die Stellung.“ Von anderer Seite zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Will Iron. Er sagt: „Die Ethik der Zeitungsschreiber selbst bessert sich ständig. Aber der ethische Ton der Zeitungen wird ständig schlechter. Der Fehler steckt bei dem Eigentümer. Er ist Geschäftsmann. Er muß viel Geld haben, denn hier (es handelt sich um San Francisco) ist keine Zeitung weniger als 2 Millionen Dollar wert. Und nach meiner Erfahrung haben Leute, die eine oder 2 Millionen erworben haben, ihre Ideale verloren. So werden die Redakteure geknechtet und verdorben durch diese Leute, die keine Sympathie für ihre sittlichen Gesichtspunkte haben.“ Und der Chefredakteur des San Franciscoer Star sagt gar: „Ich kenne die öffentlichen Verhältnisse hier wie einen. Besonders aber folgendes: Wenn es jemals eine Presse gegeben hat, deren tiefe Verdamnisnis“ jener der San Franciscoer Satanspresse gleichen könnte, dann ist diese Tatsache jedenfalls nicht geschichtlich berichtet.“ — Man sieht, bis zu welcher Höhe das „freie Volk der Welt“ unter der feuchten Herrschaft des Kapitalismus gelangt ist. Und der Anfang sittlicher Selbstbestimmung, der sich in solchen Klagen äußert, macht es verständlich, wie jetzt eine so reichend schnelle Zunahme der sozialistischen Bewegung erfolgt.

Arbeiter-Sekretariat Danzig

Dominikswall 8, Hof, 1 Treppe

Unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle

Sprechstunden vormittags von 12-1, abends von 5-7 Uhr, Sonnabends von 4-6 Uhr.

Donnerstag, den 14. März, abends 8 Uhr

Große Volksversammlung

in Passenheims Festhale, Ziegelscheunstraße.

Tagesordnung:

1. Die in Elbing herrschende Wohnungsnot u. die jämmerliche Haltung der Stadtverordneten-Versammlung hierzu. Referent: **H. Trilse.**
2. Protest gegen die Behandlung der Arbeiter der städtischen Betriebe durch Magistrat und Stadtverordnete. Referent: **Wesolowski.**
3. Abwehr der geplanten Erdrosselung der Konsumvereine. Referent: **O. Kaiser.**

Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Einberufer.

Max Krause, Danzig.

Zigarren-Versandhaus als a. v. s. Hauptniederlage

Filiale Rammbau 13

Spezialmarken

Probieren Sie „Göthe“, eine sehr feine milde 7 Pfg.-Zigarre 6 Stück 40 Pfg.

Aufforderung!

Am 3. September v. J. gegen 8 Uhr abends sind vor meinem Lokale Alt-Weinberg zwei Schüsse abgegeben worden. Es soll damals eine junge Dame in der Nähe gestanden haben. Diese wird gebeten, sich bei mir zu melden oder ihre Adresse anzugeben.

A. von Piechowski.

Sozialdemokrat. Verein

Danzig-Stadt

Freitag, den 15. März, abends 8 Uhr

Witil.-Versammlung

1. Vortrag des Referenten über die Lage der Arbeiter in Danzig.

Central-Theater

Elbing, Brückstr. 15

Neues Programm

Montag bis Mittwoch

5735 Einwohner

Größtes Drama, 1 Stunde Spielzeit.

- vorherdem:
- Die schlechte Zensur Drama.
 - Auf der Fährte des Gruziabären Drama.
 - Fritschen bekehrt sich Drama.
 - Die entmenschte Stiefmutter Drama.
- Mehrere Einlagen.

Die Direktion.

Wegen Fortzuges

büchlich zu verkaufen

1. Eisenwaren, 2. Eisenwaren, 3. Eisenwaren, 4. Eisenwaren, 5. Eisenwaren, 6. Eisenwaren, 7. Eisenwaren, 8. Eisenwaren, 9. Eisenwaren, 10. Eisenwaren.

Achtung!

Parteisachen! Großes Brot Referat die Bäckerei Jungferngasse 7. 1903

Bei Verstopfung, Hämorrhoiden, zur Blutreinigung

bei Licht und Fettlosigkeit sind ein hervorragendes, 1000 fach bewährtes

Hausmittel „Bennopillen“

Schachtel 1 Mark in der Apotheke Max Reichert Nachf. in Elbing. Zusammensetzung: Extr. Rhei, Rhamni pursh., Aloes Taraxac. aa 1,0 Pflv. Gentian, Rhei, aa. 0,75 Extr. Gentianae qu. s. Fiant pil. L. (1783)

Preis pro Heft 10 Pf. Erscheint Sonntags

In Freien Stunden



Eine Wagenzeitung Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk

Verlag: Büchergesellschaft Danzig, Post-Finger-Gasse 11, Danzig

Zu haben in der Buchhandlung „Volkswacht“, Danzig, Paradiesgasse 32.

Aus Westpreußen.

Die neue Zeit.

Es zuckt wie roter Nordlichtschein
in die tiefe Nacht der Massen.
In die unterste Schicht der Menschheit,
die da lag vergessen, verlassen,
hinein der rotglühende Streifen fällt;
— nun regt es sich jach, aus allen Tiefen
Schläfer werden wach, die Jahrtausende schliefen.

Wohin heute der Wedrus schallt,
millionenfach ein Echo hallt
dampf murmelnd Antwort, —
ein mächtiger Klang, verworren, vag,
doch schwellend lauter fort und fort
und hörbar immer mächtiger
Von Tag zu Tag.

Aus dem dunkeln Menschenmeer
von unten her
aufsteigen flackernde Lichter,
und in dem gährenden Brausen
vor unsern Augen sehn wir heut
in einer winzigen Spanne Zeit
Jahrhunderte vorüberlaufen,
wie wenn ein Weltendichter
uns alles dies erzählt als Traum,
wir aber lauschen,
entrückt aus Zeit und Raum,
begeistert dem Flügelrauschen
der Poesie.
Das ist der neue Weltlauf,
das ist die neue Zeit auf Erden,
die Poesie der Wirklichkeit,
die nun will zur Wahrheit werden.

So wacht der Menschheit Bewußtsein auf!

Die Vorgeschichte geht zu Ende,
es rückt heran die Weltumwälzung.
Ein neuer Morgen will nun werden:
Der Menschheit Frührot glüht auf Erden!

Jacoby.

Elbing.

Dem Lenze entgegen! Mittenalben regt sich das neue Leben in der Natur. Dazu gesellt sich der laute Jubel der Vogelwelt in den Gärten und Wäldern, mit dem diese morgens die von Tag zu Tag zeitiger aufstehende Sonne begrüßt. Kein Wunder, wenn da die Proletarier, die früh im Zwielicht zur Arbeitsstätte eilen, froher aufatmen und sich nach dem nächsten Sonntag sehnen, an dem auch sie einen Gang ins Freie machen und sich draußen in Flur und Wald an dem Erwachen der Natur ergötzen können. Es ist freilich nicht ausgeschlossen, daß der gestrenge Herr Winter, der in den vergangenen Monaten entgegen allen schlimmen Prophezeiungen ein recht mildes Regiment führte, noch ein Paar Anläufe unternimmt, dem Lenz die Vorherrschaft streitig zu machen. Schneegestöber und Fröste im März und April sind schon dagewesen. Nichtsdestoweniger wissen wir, daß es aufwärts geht, daß es ihm nicht mehr gelingt, das Rad der Zeit zurückzudrehen. Die Vorgänge in der Natur locken zu Vergleichen mit den verschiedenen Phasen des politischen Lebens. Auch dort ist ein heftiger Kampf zwischen der herrschenden Klasse und der Masse der Unterdrückten — zwischen Kapitalismus und organisiertem Proletariat — um mehr Licht und mehr Freiheit. Aber auch in diesem Kampfe ist es von vornherein sicher, daß die Unterdrückten von heute die Sieger von morgen sein werden, daß der kalten Winternacht der Unterdrückung und Ausbeutung der helle Morgen des Bölkerfrühlings folgen muß. Je fester und je tiefer sich diese Zuversicht bei den Massen einbürgert, desto näher rückt das Ziel.

Auf Freunde, laßt das Lied erklingen,
Das Frühlingslied der neuen Zeit.
Hört ihr die Stürme? Hört sie bringen
Uns Kunde, daß entbrannt der Streit.
Doch all ihr Brausen, all ihr Beben
Es festigt nicht des Winters Macht;
Laßt toben sie! Die Sonne lacht!
Der Bölkerfrühling muß erstehen!

Aus der Stadtverordneten-Sitzung. Eine eisenlange Tagesordnung von nicht weniger als 36 Punkten stellt unbestritten eine zu starke Zumutung an die Arbeitskraft der Stadtverordneten. Niemand kann erwarten, daß alle Vorlagen des Magistrats im Handumdrehen erledigt werden. Zumal wenn es sich um wichtige Haushaltspläne handelt. Solche standen für die Volksschulen, der Mittel- und der Gewerbeschule, den milden Stiftungen, dem Fortschrittsbezirk Vogelsang und der allgemeinen Verwaltung zur Erörterung. Der Etat des Volksschulwesens weist diesmal eine Neuerung auf. In ihm ist ein Betrag von 2440 Mark zwecks Umstellung von Schulärzten in Rechnung gestellt. Wie der Berichtstatter mitteilte, sollen die im Nebenamt anzustellenden Schulärzte jährlich 10 Stundstunden von je zweijähriger Dauer erhalten und den Eltern kranker und pflegebedürftiger Kinder mit Ratschlägen zur Hand gehen. Als Entschädigung sollen 15 Mark pro Klasse oder 30 Pfennig pro Schüler in Anschlag gebracht werden, was den im Haushaltsplan geforderten Betrag ausmacht. In der Debatte erklärte sich Genosse Trisse im Prinzip mit der Umstellung von Schulärzten einverstanden. Er gab aber der Meinung Ausdruck, daß die nebenamtliche Beschäftigung der Ärzte unzulänglich sei. Auch vermehrte er Bedachtnahme auf gründliche Zahnpflege der Schulkinder. Diese Anregungen fanden nicht den Beifall des Dr. Bleyer, der sich, seit er nicht mehr den Vorsteherposten der Stadtverordneten-Versammlung ziert, bei jeder Gelegenheit im Verpfeifen der Sozialdemokratie läßt. Donnerne wandte sich der Herr Sanitätsrat gegen Trisse und machte ihm zum Vorwurf, daß er alles besser verstehen wolle und in sozialen Fragen unbedeutende Forderungen erhebe. Recht unangenehm wirkte es dem Herrn aber zu sein, als unser Genosse ihn auf verächtliche Vorgänge in früherer Zeit aufmerksam machte. Bei denen die Sozialpolitik des Herrn Bleyer sehr eigenartig aussah. Dem in die Gänge getriebenen „Sozialpolitiker“ glaubte der neue Herr Vorsteher helfend beizuhelfen zu müssen, indem er Trisse zur Ordnung rief.

Genosse Schötkke rügte beim Schuletat, daß bei Krankheiten der Schüler die Behörde ärztliche Atteste fordere. Dazu wären Arbeiter finanziell außer Stande. Dem Vorschlag des Magistrats, eine besondere kunstgewerbliche Zeichenschule zu errichten, wurde zugestimmt, der Antrag, dem Zeichenlehrer Werner 3 Jahre seiner Dienstzeit anzurechnen, aber abgelehnt.

Bei der Beratung des Haushaltsplanes der Allgemeinen Verwaltung setzten wiederum lebhaft Auseinandersetzungen zwischen Rednern unserer Fraktion, dem Magistrat und bürgerlichen Vertretern ein. Trisse beklagte die Unfruchtbarkeit der sozialpolitischen Abteilung, besonders des Dezernats des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtes, um alsdann zu einer gründlichen Kritik der polizeilichen Maßnahmen anlässlich des Schichtkampfes überzugehen. Er forderte Aufklärung darüber, warum Gendarmen nach Elbing herbeigezogen seien und wer hierfür die Kosten übernehme. Ferner, ob der Chef der Polizeiverwaltung das Verfahren dieses Billige, welcher den Polizeibeamten eine Prämie von je 100 Mark für Anzeigen gegen Streikende in Aussicht gestellt habe. In diesem Verfahren läge eine schwere Provokation und die Gefahr, daß besonders jüngere Beamte zu Uebereifer angereizt würden. Die Erfahrung habe bisher stets gelehrt, daß Streikkrawalle meist auf provokatorisches Auftreten von Polizeibeamten zurückzuführen seien. Redner brachte zur Sprache, daß in der Abteilungsitzung Herr Direktor Siebert zugegeben habe, daß Ziele eine solche Prämie den Beamten versprochen hätte und daß dies wohl mit Wissen und Zustimmung des ersten Bürgermeisters geschehen sei. Im letzteren könne er Trisse nicht ohne weiteres glauben, er müsse aber gegen die ganze einseitige Stellung der Behörde zugunsten der Schichtarbeiter den schärfsten Protest einlegen. Der Herr erste Bürgermeister, Herr Siebert und Justizrat Schulze suchten den Vorgängen in der Abteilungsitzung eine andere Deutung zu geben und diese mit einem Irrtum Trisses zu erklären. Trisse blieb bei seiner Darstellung. Während der Vorlesende ihn fortgesetzt zu unterbrechen versuchte, ja die Besprechung der Verhältnisse des Schichtbetriebes direkt untersagte, konnten die nachfolgenden bürgerlichen Redner Frankenberg, Nitsch und andere über alles mögliche reden. Erst dann griff der Vorlesende ein, als Trisse zur Geschäftsordnung das Wort verlangte. Der Arbeiter„vertreter“ Nitsch küßte der Polizei aus Dankbarkeit für den Schutz der Streikbrecher beinahe die Hände.

Schließlich stimmte die Versammlung Grundstücksankäufen auf der Speicherinsel zu. Zuguterletzt beschäftigte sie sich noch in geheimer Sitzung mit anderweitigen Kaufprojekten. Erst kurz vor 10 Uhr waren die Verhandlungen beendet.

Pfui Teufel. Ein „Arbeiter“ schreibt in den Elbinger Neuesten:

Zu dem Streit

bei der Firma J. Schichau möchte ich als langjähriger Arbeiter der genannten Firma folgendes bemerken: Solange hier im Werk nicht mit aller Energie gegen die Arbeiter, die sogenannten Agitatoren der Streikorganisationen sind, aufgeräumt wird, dann wird nie Friede unter den Arbeitern herrschen. Wir halten es für ausgeschlossen, daß ein Arbeiter die Brotlosmachung seiner Mitcollegen fordern kann. So unfähig gemein ist kein Arbeiter. Der Mensch, der das schrie, dürfte in Laststiefeln durch die Stadt spazieren und in seinem Leben recht oft der Arbeit aus dem Wege gegangen sein.

Seilige Einfalt! Über die Ursache des Schichtstreiks erfährt die stauende Welt: „Dieser Streik ist vielmehr den sozialdemokratischen Organisationen von ihrer Berliner Zentralkommission aufgezwungen, um damit ein Mittel zu finden, auf die Marine-Verhandlungen im Reichstag störend einwirken zu können.“ So verkündet das Organ der „Baterländischen“ in tiefmünder Weisheit seinen Lesern. Vorher hat der Gewährsmann der Strohzeitung — nebenbei bemerkt: die Zuschrift kommt aus Berlin — dem Herrn Ziele noch befehligt, daß seine Arbeiter mit ihrem Lohn zufrieden sind. Da nun nicht anzunehmen ist, daß „ein auf der Höhe der Zeit stehender Arbeiter“ sich von „außerhalb des Betriebes stehenden Leuten“, welche „die tatsächlichen Verhältnisse garnicht zu beurteilen vermögen“ so weit eine günstige Zensur herholt, so darf man in dem Berliner Korrespondenten der Strohzeitung einen guten alten Elbinger Bekannten ahnen. Ob etwa Forststrat Schröder den Elbington, die so tüchtig waren ihn zu wählen, auf diese Weise seinen Dank abtattet?

Endlich. In der Beleidigungsklage des Justizrats Stroh gegen die verantwortlichen Redakteure der Danziger Allgemeinen Zeitung, der Volkswacht, der Marienburger Zeitung und der Ermündischen Zeitung ist, nachdem der Prozeß wohl nahezu ein Jahr schwebt, endlich die Hauptverhandlung festgesetzt. Sie wird am 19. März, mittags 11 1/2 Uhr vor dem Elbinger Schöffengericht stattfinden.

Auf die Versammlung, die Donnerstag, den 14. März in Pajßenheims Festhale stattfand (siehe Inserat), weisen wir noch besonders hin. Die Wohnungsfrage ist eine der wichtigsten Angelegenheiten für den Proletariat. Und wo auf diesem Gebiete eine so große Katastrophe herrscht, wie in Elbing, und die Stadtverwaltung dem in voller Seelenruhe gegenübersteht, da muß der Letzte hinaus, um den säumigen Gemeindevätern das Gewissen zu schärfen. Darum auf in die Versammlung!

Elbinger Brotfabrik. Unlängst brachten wir eine Entsendung, die sich mit der Brotfabrik in der Niederstraße beschäftigte. In dieser Angelegenheit haben wir nicht weniger als vier Zuschriften erhalten, zwei davon kurz vor Redaktionsschluss. Da uns die Behandlung der fraglichen Sache in dieser Nummer unmöglich war, stellen wir sie bis zum Freitag zurück.

Diebstähle in der Witkowskischen Holzbearbeitungsfabrik führten drei jüngere Arbeiter vor die Strafkammer. Den einen bestrafte das Gericht mit drei Monaten Gefängnis, während die beiden andern mit drei Tagen davonkamen.

Erhängt hat sich ein auf Grubenhagen wohnhafter Schuhmachermeister in einem Anfall von Schwermut.

Danzig-Land.

Auf zur Gemeindevahl.

Gemeindevähler! Am Donnerstag, den 14. März 1912, vormittags 10 Uhr findet in Ohra in dem Restaurant: Zur Örtbahn, die Wahl der Gemeindevereiter statt.

Da es sich um eine sogenannte Terminwahl handelt, muß jeder Wähler pünktlich um 10 Uhr im Wahllokale erscheinen. Niemand darf nach Abgabe seiner Stimme fortgehen. Jeder Wähler muß das Resultat der Abstimmung abwarten, damit er, wenn nötig, gleich an der Stichwahl teilnehmen kann. Wer nicht um 10 Uhr zum Wahllokale antritt, verliert sein Stimmrecht!

Die Absicht, die zur Anberaumung der Terminwahl (statt einer Fristwahl, die um 10 Uhr vormittags beginnen und um 9 Uhr abends enden könnte) führte, ist klar: es soll der Arbeiterschaft das Wahlrecht erschwert werden. Darum ist es die Ehrenpflicht aller aufrechten Wähler, die den Fortschritt wollen, Mann für Mann am 14. März vormittags 10 Uhr anzutreten und die Pläne der Volksfeinde durch die Wahl folgender Kandidaten zu verhindern zu machen:

In der dritten Abteilung: auf 6 Jahre: Eigentümer Rudolf Zube, Eigentümer Adolf Bahr; auf 2 Jahre: Mineralwasserfabrikant Christian Schab.

In der 2. Abteilung: auf 6 Jahre: Maurer Karl Kuschel, Eigentümer Max Oldenburg; auf 2 Jahre: Maurer Bernhard Schmode.

Jede Stimm zählt! Auch die Wähler der 2. Abteilung tun gut, recht früh zur Wahl zu gehen, denn gleich nach Beendigung der Wahl der 3. Abteilung wählt die 2. Abteilung. Alle Schwierigkeiten müssen überwunden werden. Die Reaktion darf nicht triumphieren! Mag kommen was da kommen mag: Die Ohraer Arbeiterschaft muß beweisen, daß sie sich ehrenvoll zu schlagen versteht.

Auf zur Gemeindevahl! Für den Fortschritt!

Für das Allgemeinwohl!

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

In breitetester Geschwähigkeit bemüht sich der Herr Pfarrer Hankwitz in Steegen in seinem Gemeindeblattchen immer noch, nachzuweisen, daß man auch über Dinge schreiben kann, deren Beschaffenheit man nicht kennt. Richtige Bandwurmartikel, drei bis vier sind wohl schon erschienen und weitere folgen, bilden das Produkt der schriftstellerischen Tätigkeit des Pfarrers. Er will die Sozialdemokratie erbarmungslos vernichten. Das hat sich der Gottesdiener nun mal in den Kopf gesetzt und kein Mensch wird ihn davon abbringen.

Ueber die elende Lage des Proletariats schreibt Herr Hankwitz: „Zunächst kann man doch von tausendfachem Elend nicht nur in Bezug auf Arbeiter reden: Es ist allgemeines Menschenlos, von Not und Elend, von Trübsal und Leiden heimgeleitet zu werden. Krankheit und Tod machen vor den Palästen der Reichen nicht Halt, Gesundheit und langes Leben sind in keinem Laden, für kein Geld zu kaufen. Ja für solche, die alle Tage herrlich und in Freuden leben können und leben, besteht nicht geringe Gefahr, daß sie sich dadurch besondere Krankheiten zuziehen und so ihr Leben abkürzen oder elend machen.“

In irgend einem Laden kann man gewiß nicht Gesundheit und langes Leben kaufen. Aber als aufgeklärter Arbeiter kann man durch seine Organisation höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit erlangen. Damit werden der maßlosen Ausbeutungsucht der Kapitalisten Schranken gesetzt. Mehr Geld, das bedeutet reichlichere und bessere Nahrung. Kurze Arbeitszeit, das bedeutet mehr Ruhe und Erholung. Alles zusammen erhält die Gesundheit und verlängert das Leben! Wir befreien durch- aus nicht, daß gut organisierte Arbeiterschichten sich aus dem tiefsten Elend gerettet haben, in dem in Deutschland noch Millionen seufzen. Wir freuen uns ehrlich dieser schönen Erfolge der modernen Arbeiterbewegung. Jene, die noch im größten Elend sitzen, konnten den Wert der Solidarität noch nicht erkennen. Wer ein Herz für diese Not hat, der sollte alles aufbieten, um auch die Ärmsten aus dem Sumpfe talentloser Betteilung zu befreien. Dann darf man freilich nicht, wie Herr Hankwitz, gegen die tapferen Pioniere des Proletariats schämen und wählen, daß die Herrschenden ihre Freude daran haben.

Ob sich die Schlemmer und Praffer krank oder gar tot essen und trinken, darüber zerbrechen wir uns nicht den Kopf. Die Welt verliert nichts, wenn sie von solchen Drohnen befreit wird. Im Gegenteil, sie kann nur gewinnen.

Ernstlich zurückweisen müssen wir die unglaubliche Anschuldigung, daß es sich bei der Sozialdemokratie um den denkbar größten Betrug handelt. Um das zu beweisen, schreibt Herr Hankwitz:

„Aber, so mag mancher sagen, Männer wie Bartel, Criprien, Trisse und die andern, die zu uns gekommen sind und kommen, erscheinen uns doch als vertrauenswürdige Leute, und wir können es nicht glauben, daß sie uns betrügen wollen. Nein, das ist auch meine Ueberzeugung, sie wollen niemand betrügen, sie glauben wirklich, daß die Sozialdemokratie Helfer und Tröster der Armen und Unterdrückten ist und eine gerechte Lebensordnung herbeiführen wird. Es ist überhaupt schwer zu sagen, wo bei einer solchen gesungenen Bewegung der gute Glaube aufhört und der Betrug anfängt. Daß aber die Sozialdemokratie ihre Anhänger nicht gerade zur Wahrsamkeit und Zuverlässigkeit erzieht, ist doch für jeden Kenner der Verhältnisse zweifellos. Es hat mich recht überrascht, daß der Führer der Sozialdemokratie, dem alten Bebel, den ich für einen ehrlichen Mann gehalten habe, bei den Verhandlungen im Reichstage über die Präsidentenwahl grobe Unwahrsamkeit nachgewiesen worden ist, aber wenn man bedenkt, daß er auch bei seinem Eintritt in das Abgeordnetenhaus des Königreichs Sachsen dem Könige von Sachsen den Eid der Treue geleistet hat, ohne daß er je auch nur im geringsten daran gedacht hätte, ihm Treue zu halten, dann kann man sich allerdings nicht mehr darüber wundern.“

Diese verächtliche Form, namhaft gemachte Genossen als Betrüger und Lügner hinzustellen, mag „gebildet“ sein. Dafür ist sie aber bodenlos niederträchtig und gemeiner als eine mutige offene Anschuldigung.

Im Reichstage behaupteten einige bürgerliche Abgeordnete, Bebel hätte ihnen gesagt, ein sozialdemokratischer Präsident würde auch bereit sein, ein Kaiserreich auszubringen. Genosse Bebel hat das als unwehr nachgewiesen, wobei Genosse Halle ihn unterstützte. Bebel erklärte den bürgerlichen Abgeordneten heraus, ein sozialdemokratischer Präsident würde nur die in der Geschäftsordnung vorgeschriebenen Pflichten erfüllen, nichts weiter. Die Nationalliberalen, die für einen Sozialdemokraten als Vizepräsident gestimmt hatten, wurden dafür von den Junkern und vom Zentrum gehörig abgekanzelt. Unpatt als ehrliche Männer zu ihren Taten zu stehen, verfluchten sie sich aber durch allerlei plumpe Manöver zu rechtfertigen. Da müßten sie einige harmlose Scherzsworte, die Bebel gelegentlich rein privat gebraucht haben mag, zu ihrem beschämenden Vorgehen aus. Und darum soll — Bebel der Unwahrsamkeit überführt sein? Wir glauben unserem großen Führer, der sich tausendmal in seinem langen Leben in den schwierigsten Situationen bewährt hat, mehr als einem windigen Kunden der Partei Drehhebel.

Wie verhält es sich mit dem Treueid. Da braucht Bebel nicht erröten. Das Volk wählte ihn zum Vertreter ins Reichliche Parlament, damit Bebel dort seine Sache vertritt. Wenn nun die kapitalistischen Herrschaffen sich das boshafte Parquagen erlauben, von jedem Volksvertreter einen Treueid für den jeweiligen König zu verlangen, so ist das geradezu eine Verhöhnung des Volkes. Die Volksvertretung soll über den König stehen und ein Volksvertreter muß es als höchste sittliche Pflicht betrachten, dem Volke die Treue zu halten. Der

Tagen wird ihm Licht gewährt. Eine derartige Strafe paßt überhaupt nicht mehr ins zwanzigste Jahrhundert! Sie erinnert unheimlich an die Zellen, in denen Gefangene in finstere Kerker gesperrt wurden.

Was die Bestimmung, daß der militärische Untergebene über eine ihm zuerkannte Disziplinarstrafe erst dann Beschwerde führen darf, wenn er sie verbüßt hat, so braucht man über ihren Gegensatz zu den modernen Rechtsbegriffen kein Wort zu verlieren. Sie besetzt den Untergebenen dem Vorgesetzten wehrlos aus. Was hilft es denn dem Befragten, wenn er nach der Abbitzung einer Disziplinarstrafe die dienstliche Mitteilung erhält, daß ihm Unrecht geschehen ist? In der Hand eines harten oder eines geistig nicht normalen Vorgesetzten -- es hat auch schon gegeben -- kann die erwähnte Bestimmung, namentlich den Soldaten und auch den Unteroffizieren, zur Qual werden. Hoffentlich nimmt der neue Reichstag sie gründlich aufs Korn.

Ferner wäre eine andere Stellung der Armee im Staate dringend zu wünschen. Ihre jetzige ist von den Anschauungen aus den Tagen der Söldnerheere sehr stark beeinflusst und daher veraltet. Damals stand dem Herrscher noch der ganze Staatschatz zur Verfügung. Aus ihm bezahlte er auch die „Kerls“, die er anwerben ließ. Jetzt rekrutiert die Armee sich aber mit der allgemeinen Wehrpflicht, die Summen dafür werden -- auch jene für die Generaladjutanten und die Flügeladjutanten usw. der Landesherren sind dabei -- vom Reichstag aus dem Mitteln der Allgemeinheit bewilligt. In den Zeiten des Absolutismus war die Armee fast ein Eigentum des einschlägigen Landesherrn. Die Verhältnisse liegen noch jetzt ähnlich, nur mit dem Unterschied, daß die Potentaten der kleinen und kleineren deutschen Bundesstaaten infolge der Militärkonventionen mit Preußen nur mehr in losem Zusammenhang mit ihren Kontingenten stehen, während der Kaiser als der Herr der deutschen Armee und diese selbst fast als sein Eigentum gilt. Abgesehen von der Sozialdemokratie, wagt es daher niemand in Armeeangelegenheiten hineinzureden. Und wenn es ab und zu doch einer tut, der kein „roter Teufel“ ist, so wird es ihm sofort als Mangel an Patriotismus ausgelegt. Die Armee soll aber nichts sein, als ein Zweig des ganzen Staates. Ebenso wie dieser, z. B. Eisenbahnpersonal und -material braucht, ebenso wie es Justizbehörden und -einrichtungen benötigt, bedarf er bis auf weiteres einer Armee. Warum gerade die Armee in einem besonders engen Verhältnis zum Kaiser stehen soll, ist nicht einzusehen.

Diese Sonderstellung ist für die Armee keineswegs vorteilhaft. Sie verhindert, wie schon erwähnt, eine eingreifende Kritik aus bürgerlichen Kreisen und ferner stellt sie den Hauptgrund für die Weiterexistenz des Drills vor. Es paßt ja ausgezeichnet zum Prunk und dem steifen Zeremoniell fürstlicher Höfe. Aber leider heißt es dem Volke sehr viel Geld, denn es verlängert die arme Dienstzeit. Außerdem ist es die Ursache vieler Mißhandlungen.

So möge denn der neue Reichstag seine bessernde Hand auch an die Armee legen. Sie bedarf sie dringend, denn gerade von ihr sucht man den modernen Geist, ohne den sie auf die Dauer doch nicht existieren kann, mit allen Kräften fernzuhalten.

Bewerkschaftsbewegung.

Am Beginn der Schlacht!

Während diese Zeilen in die Welt hinausgehen, packt der größte Teil der Ruhrbergleute das Gezüge (Handwerkzeug) zusammen. Schon seit Tagen haben Zehntausende Bergarbeiter die Uebersichtlichen gemieden. Aber auch der Förderungsanstalt in regulären Schichten zeigt, daß die Bergknappen mit ihrem „Soll“ zurückhalten. Auch eine Vorbereitung für den Kampf, der nicht auf das Ruhrbecken allein beschränkt bleiben wird.

Gewiß, nicht alle Bergarbeiter nehmen den Streik auf, um für ihre berechtigten Wünsche und Forderungen zu streiten. Die Gelben, wie ein großer Teil der Mitglieder des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter bleiben an der Arbeit und bieten der Welt das Jammerbild schmutzigen Verrats an den Bergarbeiterinteressen. Eine außerordentliche Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter hat die Behörde um den nötigen Schutz der christlichen Streikbrecher gebeten. Und so erleben wir, wie Leute, die Jahre hindurch den radikalen Reden ihrer Führer zubehelten, unter Vorantritt einer Bandarmenabteilung und unter Begleitung sonstiger Schutzmannschaften den täglichen Weg von und zu der Zeche machen. Wie die Hingegardisten hüpfen sie an den trotzigen Gestalten der Streikenden vorüber -- ein ekelhaft trauriges Bild! Freilich gibt es auch Tausende christliche Arbeiter, die diese Schmach nicht auf sich nehmen. Für die Führer der christlichen Bergarbeiterorganisationen bricht eine schwere Zeit herein. Denn das ist sicher, daß dieser Teil der christlichen Bergarbeiter, der sich noch genug Klassenbewußtsein und Klassenzugehörigkeitsgefühl bewahrt hat, und der den kämpfenden Mitarbeitern gegenüber die kameradschaftliche Treue nicht brechen will, von seinen Führern Rechenschaft verlangen wird für das schmachvolle Anerbieten, Streikbruch zu begehen. Jahrelang hat man die Solidarität als die höchste Tugend, auch in Christenlagern, gepredigt, und jetzt soll der Streikbruch, der schwarze Verrat an den Klassengenossen die schönste Eigenschaft christlicher Arbeiter sein? Nun wir werden ja sehen, was kommt. Ungeheuer wird man nicht in Zeiten härtesten Kampfes der Arbeiter gegen das Grubenkapital Kameraden gegen Kameraden auspielen. Das mögen sich die Behrens, Effert, Imbusch und Genossen gesagt sein lassen.

Wir haben keine Lust, an dieser Stelle auf die Gründe einzugehen, die die christliche Führerschaft veranlaßt haben, ihr schmutziges Gewerbe, Zersplitterung der Bergarbeitereinheit selbst in den schwersten Zeiten zu betreiben. Diese Gründe sind so bekannt, wie ihre Verlogenheit und Fadsenscheinigkeit. Uns interessiert mehr die Frage: War der Kampf der Bergarbeiter aufzuhalten oder nicht? Eine Frage, die schwer genug ist, daß einige Worte ihrer Beantwortung hier am Platze sind.

Der Streik war aufzuhalten. Aber dazu gehörte nicht der gute Wille der Bergarbeiter, sondern allein der gute Wille der Werksherren. Wenn diese es wollten, wäre das Ruhrbecken überhaupt nicht zu jener Wetterdecke geworden, in der Hunderttausende Menschen nicht mehr zu ihrer Ruhe kommen können. Man frage nur die Bergarbeiter, was sie in den Streik hineintreiben, was sie veranlaßt, trotz des Vorgehens der christlichen Organisationen einen erbitterten Kampf, dessen Ausgang ungewiß ist, aufzunehmen. Die Lohnfrage allein ist es nicht, die die Bergarbeiter in so helle Empörung versetzt hat. In erster Linie ist es die brutale Mißachtung, mit der die Herrenmenschen an der Ruhr ihren Arbeitern fortgesetzt begegnen. Wir wollen keinen Beruf beleidigen. Aber es ist wahr! Schuhmacher und Schneider haben ihre Lohnsätze. In einer ganzen Anzahl anderer Gewerbe, die im Wirtschaftsleben gewiß nicht die Bedeutung haben, wie der Bergbau, sehen wir die gegenseitigen Unterhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern vor sich gehen. Im Bergbau nicht.

Hier werden durch die Arbeit hunderttausender Menschen Millionen und Milliarden gezüchtet und diese spotten und höhnen die Schaffer der Werte und des Reichtums, wo sie nur können. Das ist, was die Bergarbeiter fühlen und was sie zur Empörung treibt.

Im Jahre 1905 wurden die Bergarbeiter um die Früchte ihres damaligen Kampfes betrogen. Die verhungerte Bergarbeiterschulnovelle, eine Folge des Riesenstreiks, drückte den Bergarbeitern „Steine“ statt „Brot“ in die Hände. Im Jahre 1906 erlebten wir, wie die Werksherren die Wünsche der Arbeiter beim Knappschafftsgesetz hintertrieben, wie sie den Vorkämpfern der Knappschafftsrechte der Bergarbeiter, den Kleinsteninvaliden in den Knappschafftsvereinen das Wahlrecht raubten. Im gleichen Jahre wurden Lohnforderungen der Bergarbeiter schroff abgelehnt. Dann entbrannte im Jahre 1907 ein heftiger Kampf um das Knappschafftsstatut, der beinahe zum Streik geführt hätte. Statutverschlechterungen, statt Verbesserungen, wurden werksseitig den Arbeitern geboten; bei der Festsetzung der Witwen- und Invalidenrenten feilschten die Herren um Pfennige. Dann kam 1908 der Streit um die „weiße Salbe“. Hunderte Bergleute auf einmal hatte die Raddob-Katastrophe niedergestreckt. Die Bergarbeiterschafft schrie nach Mitwirkung bei der Grubenkontrolle, weil sie wußte, welchen Ursachen die gewaltigen Massenunglücksfälle entspringen. Und was ist gekommen? Institutionen, wie sie von einem Menschen wie Hilger präferiert wurden. Weiße Salbe! Die Sicherheitsmänner sind empört über die Behandlung, die ihnen auf den Gruben zuteil wird. Und die Bergarbeiter fühlen es mit. Dann folgte der Zwangsarbeitsnachweis. Das Grubenkapital organisierte das Herrenrecht in der Arbeitsvermittlung. Bei der Bewertung und Verwendung seiner Arbeitskraft hat der Bergarbeiter schon nichts zu sagen, bei der Arbeitsvermittlung sollen die Werke das ausschlaggebende Wort allein sprechen, so wollen es die Bergherren. Keine Parität, nein, Mißachtung den Bergarbeitern. Und als infolge der Zoll- und Steuergesetzgebung und aus anderen Gründen herau -- die wirtschaftliche Teuerung einsetzte, die Löhne rapide senken, darum die Bergarbeiter Lohnforderungen stellten, wurden sie auch hier, wie immer, mit ihren Wünschen abgewiesen. Ihre Ausschüsse auf den Zechen wurden wie Luft behandelt, verhöhnt, so daß sie die Luft verloren haben, in Lohnfragen bei den Grubenverwaltungen nochmals vorstellig zu werden. Alles das und die vielen anderen Qualereien haben die Bergarbeiter aufs äußerste gereizt, sie im Laufe der Jahre in steter Benurteilung gehalten, und nun auch bei der jetzigen Lohnbewegung die Grubenbesitzer auf ihr Herrenrecht pochen, die billigen Wünsche der Bergarbeiter ablehnen, ist das Maß voll zum Überlaufen.

Wer wagt es, zu sagen, die Bergarbeiter streikten aus Übermut? Wer verdenkt es den hartgeschundenen Knappen, daß sie zum letzten Mittel greifen, um die Aufmerksamkeit der draußen Stehenden auf die Zustände im Ruhrbergbau hinzulenken?

Es ist nicht das letzte Mal, daß es soweit -- zum Streik -- kommt. Erst wenn das Herrenrecht und der Übermut der Unternehmer gebrochen ist, wenn die Ruhrgrubenbesitzer anfassen werden, in den Bergarbeitern und ihren Organisationen Faktoren zu sehen, mit denen sie verhandeln müssen, und wenn die Ruhrgrubenbesitzer in den Bergarbeitern die Menschen und Familienväter betrachten, die verlangen können, daß ihre Menschenwürde geachtet und ihre berechtigten Lebensforderungen befriedigt werden, erst dann werden wir vor solchen über-raschenden Explosionen im Ruhrbecken eher verschont sein, als heute. Solange die brutale Mißachtung der Hunderttausende Bergarbeiter durch eine Handvoll Menschen betrieben wird, bleibt die Gefahr bestehen, daß die Bergarbeiter den fortgesetzten Kontraktbrüchen der Werksherren schließlich mit „Kontraktbruch“ begegnen.

Aus der Partei.

Von der Parteipresse.

In die Redaktion der Volkswacht in Bielefeld wird im April Genosse Karl Severing eintreten.

Die Reichstagswahlen haben, wie überall, so auch in Pommern, recht gute Ergebnisse für unsere Partei gezeitigt. Nicht nur, daß die sozialistischen Stimmen beträchtlich gestiegen sind, auch die Zahl der politisch Organisierten hat sich merklich gehoben. Am erfreulichsten aber ist die Zunahme der Leser unseres Parteiblattes, des Volksboten in Stettin. In den letzten vier Monaten haben wir 2000 Abonnenten gewonnen. Für Pommern ein geradezu glänzendes Ergebnis.

Unser Freiburger Parteiorgan, die Volkswacht, hat seit ihrer Gründung im Juli vorigen Jahres nahe an 3000 Abonnenten gewonnen und wird jetzt bereits in einer Auflage von 8500 Exemplaren hergestellt. Es ist dies angesichts des zum größten Teil rein ländlichen Verbreitungsgebiets der Volkswacht ein äußerst günstiges Ergebnis, das die kühnsten Erwartungen unserer Genossen im badischen Oberland übertrifft.

Kommunalwahltag. In Griesheim bei Frankfurt a. M. entfielen von 1114 abgegebenen Stimmen 607 auf die sozialdemokratischen Kandidaten, die demnach gegen die Farbwerkspartei siegten.

Wirtschaftliches.

Kinder- und Frauenarbeit in Bergwerken.

Die Schwere und Gefährlichkeit der unterirdischen Grubenarbeit hat schon relativ frühzeitig fast alle modernen Industriestaaten zu gesetzlichen Verböten der Beschäftigung von weiblichen Arbeitern und auch zur Einschränkung der Kinderarbeit untertage veranlaßt. In Deutschland ist die weibliche Grubenarbeiterin wohl stets eine Ausnahmeerscheinung gewesen. Als sich oberflächliche und kinstereimische Grubenbesitzer um die Mitte des vorigen Jahrhunderts ansiedelten, Mädchen und Frauen in größerer Zahl regelmäßig unterirdisch zu beschäftigen, da schritt die Bergbehörde energig gegen diesen Skandal ein. Auch die Beschäftigung von Knaben unter 14 Jahren in den Gruben gestatteten die deutschen Bergbehörden nur ausnahmsweise. Seit Jahrzehnten ist es regelmäßig unterirdische Grubenarbeit in Deutschland Knaben unter 14 Jahren verboten. Ausnahmen sind leider gestattet in Mansfeld und Schlefien, wo noch immer Knaben vom 14. Lebensjahre an Arbeit untertage verrichten.

Den „Ruhr“, auch heute noch Frauen und Mädchen unterirdisch zu beschäftigen, leistet sich von allen großen Bergwertstaaten heute noch Belgien! Dort ist zwar auf Betreiben der Sozialisten ein Gesetz ergangen, nach welchem ab 1901 keine neuen weiblichen Arbeitskräfte unterirdisch angelegt werden sollten, worauf denn auch eine ständige Abnahme der weiblichen Bergarbeiter eintrat bis 1908. Von da ab nimmt, wahrscheinlich gestützt auf zugewandene Ausnahmestimmungen, ihre Zahl wieder zu. Wenn es auch 1908 nur 8, 1909 nur 9, 1910 nur 13 weibliche Bergarbeiter gab, so erkennt man doch die kulturwidrige Tendenz jener Gesetzes-

ließen umso deutlicher, als auch die Menge der oberirdisch beschäftigten Mädchen im Alter von 12 bis 14 Jahren verhältnismäßig stärker zunimmt, als die Gesamtbeschäftigung. 1907 wurden in der belgischen Bergwerksindustrie 3047 solcher Mädchen ausgenutzt; ihre Zahl stieg bis 1910 auf 3204. Gleichzeitig verminderten sich die beschäftigten Mädchen im Alter von 16 bis 21 Jahren von 3551 auf 3396. Demnach werden gerade die allerjüngsten Arbeitskräfte jetzt umfangreicher ausgenutzt wie früher.

Dieselbe Tatsache beobachtet man bei der Betrachtung der unterirdisch beschäftigten Knaben. Solche im Alter von 14 bis 16 Jahren wurden 1907 4518, 1910: 4423, dagegen solche im Alter von 12 bis 14 Jahren 1907: 2193, 1910: 2323 beschäftigt. Anstatt die Zahl der 12 bis 14 jährigen Grubenarbeiter zu vermindern, erhöht man sie und erläßt dafür 14 bis 16 jährige, natürlich weit die jüngeren an billigkeit sind.

Dieser skandalöse Raubbau an der Volkjugend und an den zukünftigen Mittern geschieht in demselben Lande, dessen Regierung sich seit Jahrzehnten in liberalen Händen befindet. In Deutschland rühmen sich die Liberalen, hier sei die Sozialgesetzgebung in erster Linie auf das „glorreiche Wirken der Zentrumspartei“ zurückzuführen, die damit in christlichem Sinne den wirtschaftlich Schwachen zu Hilfe gekommen sei. Die sozialpolitische Priorität in der deutschen Sozialgesetzgebung kommt bekanntlich nicht dem Zentrum, sondern der Sozialdemokratie zu. Daß der Liberalismus nicht in „selbstloser Weise“ die Schwachen stützt, sondern an soziale Reformen höchstens durch bestimmte Umstände gezwungen, wie in Deutschland, herangeht, das lehrt uns die sozialgesetzliche Untätigkeit der herrschenden Klassen in Belgien angesichts der skandalösen Frauen- und Kinderausbeutung.

Nah und Fern.

Der Südpol erreicht.

Der Norweger Amundsen berichtet, daß er den Fuß auf den südlichen Pol gesetzt hat. Er erreichte diesen Donnerstag, den 14. Dezember 1911, und blieb dort bis zum 17. Dezember, um durch genaue Messungen und Beobachtungen den Nachweis erbringen zu können, daß er den südlichsten geographischen Punkt bezwang. Ein kühner Traum geht damit zu Ende, der Kampf um die Eispolung, von der Jules Verne ferne zu erzählen wußte; er ist ausgekämpft.

In drei Blättern, dem Londoner Daily Chronicle, dem Pariser Matin und den Tidens Teg in Christiania ist der telegraphische Bericht Amundsens über seine Entdeckung des Südpols erschienen. Der Bericht lautet, wie über Berlin gemeldet wird, folgendermaßen:

Am 16. Februar 1911 brachen wir aus unserem Winterquartier auf, um zunächst eine vorbereitende Expedition zu unternehmen. Wir legten drei Depots an: das erste auf dem 80., das zweite auf dem 81. und das dritte auf dem 82. Breitengrad. In diese Depots legten wir 6200 Kilogramm Seehundfleisch und andere Lebensmittel. Nach Errichtung dieser Zwischenstationen kehrten wir in unser Winterlager zurück. Diese Reise gestaltete sich ohne Zwischenfall. Das Wetter war günstig.

Nachdem wir den Winter abgewartet hatten und am 24. August zum erstenmal die Sonne wieder aufgehen sahen, beschloßen wir, nach dem Südpol aufzubrechen. Unsere Expedition bestand aus acht Mann und 110 Hunden. Drei Mann blieben im Winterquartier, das aus acht Zelten und fünf Hütten für die Hunde bestand, zurück. Am 20. Oktober brachen wir mit fünf Mann, 52 Hunden und vier Schlitten auf. Alle Mitglieder der Forschungsreise befanden sich in bester Gesundheit.

Nach glücklicher Reise erreichten wir am 23. Oktober das erste Depot. Die Temperatur schwankte zwischen 20 und 30 Grad unter Null. Am 5. November gelangten wir zu unserem zweiten Depot; die Hunde erhielten hier reichliche und kostbare Nahrung. Am 9. November erreichten wir das Viktorialand, eine Fortsetzung der von Shackleton entdeckten Gebirgskette, zwei Tage später das von Roß entdeckte Hügelland, das südlich vom 86. Breitengrad und am 163. Grad westlicher Länge sich hinzieht.

Nach der Ueberschreitung des 85. Breitengrades begann am 16. November der schwierigste und gefahrvollste Teil unserer Reise. Die Durchquerung der Roßischen Barriere bereitete anfänglich wenig Mühe, sie gestaltete sich aber später außerordentlich schwierig und unendlich gefährlich, da das ganze Gebirge von zahlreichen ungeheuren Eispalten durchzogen ist.

Das Gebirge erstreckt sich bis zu einer Höhe von 4500 Meter. Von einem Gipfel der Landschaft, die den Alpen glich, hatten wir eine wunderbare, überwältigende Aussicht. So weit das Auge blickte, eine unendliche, ewige Eisde, die von den Strahlen der Mitternachtsonne in zauberhaftes Licht getaucht wurde. An einem der folgenden Tage mußten wir nach einer mühseligen Fahrt durch stürmisches Schneewetter vierundzwanzig unserer braven Hunde schlachten. Es waren jetzt nur noch achtzehn der treuen Tiere für jeden der drei etwa 300 Kilogramm schweren Schlitten vorhanden. Das Wetter gestaltete sich während der ganzen nächsten Zeit für unsere Expedition sehr ungünstig. Furchtbare Schneestürme zwangen uns, den Vormarsch aufzugeben. Wir errichteten aus Schnee drei kleine Hütten, die uns für einige Tage einen schützenden Aufenthalt gewährten. Erfreulicherweise gestalteten sich aber die Witterungsverhältnisse bald wieder günstiger.

Wir brachen wieder auf und befanden uns am andern Tage auf einer wundervollen, spiegelglatten Eisfläche, die sich als Gletscher herausstellte und von uns auf den Namen Teufels-gletscher getauft wurde. Auf diesem Gletscher bewegten wir uns drei Tage lang mit der größten Schneehöhe vorwärts. Am 8. Dezember befanden wir uns nach unserer Berechnung auf 80 Grad 16 Minuten Breite auf einem Breitengrad, und erreichten gegen Abend die höchste, von Shackleton erreichte Stelle. Hier errichteten wir ein Depot. Am 9. Dezember langten wir auf dem 88. Breitengrad und 58 Minuten an.

Die weitere Reise ging glatt vonstatten. Die Eisverhältnisse waren günstig und endlich am 14. Dezember 1911 war der Pol erreicht. Es herrschte wundervolles Wetter. Ein leichter südöstlicher Wind wehte, die Temperatur betrug -- 23 Grad Celsius. Wir errichteten auf dem Pol einen Mast und hielten die Nationalflagge. Dann stimmten wir ein dreifaches Hoch auf unser norwegisches Vaterland an. Wir alle waren tief bewegt. Dieser Augenblick erschien uns als der höchste unseres Lebens.

Nach an demselben Tage errichteten wir einige Hütten und begannen sofort mit unseren geographischen Berechnungen. Dabei stellte sich heraus, daß wir uns erst auf der Breite von 89 Grad 55 Minuten befanden. Zur Erreichung des eigentlichen Südpols hatten wir noch eine Strecke von 9 Kilometer zurückzulegen. Am 16. Dezember langten wir am Südpol an.

Der Pol befindet sich auf einem weiten, festen, glatten Plateau, das wir das Plateau König Hakon nannten.

Dieser südlichste Punkt der Erde ist von einer unendlich glatten Eisfläche umgeben. Dem Auge bietet sich kein Ziel. Ringsum sind Eis und Wüste. Es herrscht bei unserer Ankunft eine Totenstille. Kein Hauch bewegt die Luft. Eine

unheimliche Grabesruhe umgibt uns. Unsere Forschungen wurden sofort mit großem Eifer wieder aufgenommen. Am 17. Dezember errichteten wir ein kleines Haus aus Schnee und Eisblöcken, das wir Polheim taufen. Die norwegische Flagge wurde gehißt. Nach unseren Berechnungen beträgt die Entfernung von unserem Winterquartier bis zum Pol 1400 Kilometer. Wir haben also durchschnittlich per Tag eine Strecke von 25 Kilometer zurückgelegt.

Am 26. Dezember trafen wir die Rückreise an, am 26. Januar 1912 erreichten wir die Walfischbai. Die Gesundheit der Expeditionsmittglieder ist eine ausgezeichnete. Mit fünfzehn Hunderten trafen wir an der Walfischbai ein, von wo wir am 30. Januar in See stachen.

Darf man Peary glauben, daß nun die beiden äußersten Punkte der Erdoberfläche bezwungen sind, dann ist gerade in unseren Tagen der Mensch Sieger geblieben über die Naturgewalten, aber die unermeßlichen Hindernisse in den Gebieten des ewigen Eises. Die Pole bezwungen! Ein kühner Traum ward Wirklichkeit. Das spannendste Schlußkapitel der großen Eroberungsgeschichte hat begonnen. Die nächsten Tage und Wochen werden die interessantesten Nachrichten bringen.

Vermischtes.

Elektrizität aus dem Meere.

Ein großer Plan reißt nun zur Wirklichkeit. An den Küsten der Nordsee, wo die Unterschiede zwischen Ebbe und Flut zu den größten in Europa gehören, wo auch die Meereswellen zeitweilig gigantische Maße erreichen, wird eine Anlage geschaffen, um die Kraft der Meereswellen zur Erzeugung von Elektrizität auszunutzen. Der Hamburger Ingenieur Pein befaßt sich schon seit nahezu 20 Jahren erfolgreich mit der Lösung des Problems; er baute mehrmals Versuchsanlagen für solche Zwecke und auf Grund seiner Erfahrungen glaubte er nun so weit zu sein, daß sich der Versuch im größten Maße als lohnend erweisen wird. Mit einem Kostenaufwand von nahezu 6 Millionen Kronen, die von einer Gesellschaft aufgebracht werden dürften, die sich zur Ausnutzung der Projekte Peins gründete, soll bei Hjulm am Wattenmeer in der Nordsee eine riesige Kraftanlage zur Elektrizitätserzeugung gegründet werden. Die Idee dieses Projekts ist die, eine große Stauanlage zu schaffen, in die das Meerwasser bei Flut hineingeleitet wird. In die Kanäle werden Turbinen eingebaut, die umgeschaltet werden können, so daß das einströmende oder ausströmende Wasser sie in Bewegung setzt. Die Turbinen haben dann wieder Dynamos zu treiben, deren erzeugte Elektrizität entweder direkt weitergeleitet oder in Akkumulatorenanlagen aufbewahrt wird. Zur die ersten Anlagen ist eine Erzeugung von etwa 44 Millionen Kilowattstunden im Jahre vorgesehen. Da bereits der dritte Teil dieser Leistung von angemeldeten Unternehmungen abgekauft wurde, rechnet die Gesellschaft, die den Bau des Werkes ausführen wird, mit einem regen Absatz, der es ermöglichen soll, den elektrischen Strom weit billiger zu liefern, als es sonst von einem anderen Elektrowerk möglich ist. Bereits soll die Kraftanlage mit etwa 7000 Pferdekraften arbeiten, und die Idee ihrer Erweiterung geht dahin, ganz Norddeutschland von dieser gigantischen Zentrale aus mit elektrischem Strom zu versorgen. Die Arbeiten sind über und über und man darf augenblicklich erwarten, wie sich dieser Versuch im großen Maßstab erweisen wird. Die Kraft der Meereswellenungen ist den Dingen des Menschen zu stellen.

Carne vale.

Im Christlichen Kinderfreund, einer „Zeitschrift zur Förderung christlicher Erziehung und Rettung der Jugend“, steht auf Seite 20 zu lesen:

Die Welt klagt über teures Fleisch - nur wir Benediktiner vom katholischen Verein für Kinderfreunde regen uns gar nicht darüber auf; wir spüren nämlich von der ganzen Teuerung nichts. Wieso? Ganz einfach: Wir essen kein Fleisch. Die Welt ist nicht nur zu viel Fleisch, sie ist überhaupt zuviel. Wenn statt vierzigjähriger Fastenzeit 365 tägliche wäre - es stünde unendlich besser um die Welt... Der heilige Kratus, der im Jahre 300 starb, genoss täglich nur ein Stück Brot nach Sonnenuntergang. Um das Jahr 371 lebte St. Hilarius sechs Jahre lang von täglich fünfzehn Feigen und drei Jahre von trockenem Brot. Eine ganze Reihe solcher Hungerkünstler lebte von Wasser und Brot, andere von Brot und Kräutern, der heilige Baronius begnügte sich mit Schwarzbrot und Kastanien... Der Kinderfreund Leser hat diese Beispiele dem ausgezeichneten Bächlein: „Die Kunst, mit wenig Heller täglich auskömmlich zu leben“ entnommen. Leser, kauft es! Probieren geht über Studieren!

Wir empfehlen den Verfassern dieser weisen Lehren, einmal 365 Fastentage im Jahre zu machen. Es würde ihnen dann am Ende wie dem Efel gehen, der sich das Essen abgewöhnen wollte und dem das Fieber gelangen wäre, wenn er nicht unglücklicherweise kurz zuvor gestorben wäre.

Der Bischof von Temesvar in Ungarn scheint jedenfalls nicht ganz der Meinung der Benediktiner zu sein. Er gab unmittelbar vor Eintritt der diesjährigen Fastenzeit ein Abendessen, zu dem die Spitzen der Behörden und der Stadtdirektion geladen waren. Ungarische Zeitungen nennen die lange Liste der Eingeladenen und dann teilen sie die Speiseordnung „des ungezwungenen, recht gemüthlichen Fastens“ mit. Sie lautet:

- Stanne Suppe.
- Butterterz mit Geflügelfleisch gefüllt.
- Focaccia mit Weizkornpergierung und kalter Sauce.
- Parmisucken und Schenkel garniert.
- Frühstückerkrappen.
- Warmer Punsch.
- Spanferkelbraten.
- Krautsalat.
- Gewürzte grüne Gemüse.
- Gefrorenes.
- Kasereien.
- Fondens.
- Kaffee, schwarzer Kaffee.
- Weine:
- Rauscher, rot.
- Magarischer, weiß.
- Magarischer, Rauscher.
- Champagner.

Servus! Ist herzlich eine gute Unterlage zum Fasten. Da kann man dann schon eine Fastenzeit aushalten.

Literatur.

Der Verlag von J. F. B. Dieckmann in Stuttgart ist eben erschienen: Die Technik in der Urzeit und auf primitiven Kulturstufen. Von Hansrich Gumbel. Herausgegeben von Heinrich Jaeger. Das Buch, Der Mensch und die Natur. 18. Bändchen der kleinen Bibliothek. 32. Jahrgang. Die Kunst gebührenden weiteren beiden

Bändchen: Bekleidung und Ernährung - Werkzeuge, Waffen, Schmuck werden im Laufe des Jahres erscheinen.

Hiermit eröffnet der Verlag ein Abonnement auf die kleine Bibliothek. Als Probebändchen soll die Technik in der Urzeit dienen, das jede Buchhandlung und jeder Kolporteur zur Einsicht vorlegen wird. - Alle Jahre erscheinen fünf bis sechs Bändchen, die aus dem mannigfaltigsten Wissensgebiete berichten werden. Der Preis von tüchtigen Mitarbeitern bürgt für einen guten, allgemein verständlichen Inhalt. Die bereits erschienenen Bändchen können je nach Wahl nachbezogen werden.

Preis eines jeden Bändchens broschiert 75 Pfennig, gebunden 1 Mark. Vereinspreis 50 Pfennig.

Fraktionsbild der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, enthaltend die neuesten Porträts der 110 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten nebst Angabe der Wahlkreise, in denen sie gewählt sind. Preis in künstlerischer Ausführung auf Kunstdruckpapier 50 Pfg. Das Fraktionsbild ist sehr geeignet als Zimmer schmuck sowie zum Dekorieren von Sälen und Vereinszimmern.

Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen oder direkt vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Bei schriftlicher Bestellung sind für Verpackung und Porto 50 Pfennig extra beizufügen.

Bergendet nicht Eure freie Zeit!

Benutzt die Arbeiter-Bibliotheken!

Arbeiter-Abstinenten-Bund

Ortsgruppe Danzig.

Zu dem am Sonntag, den 17. März im alkoholfreien Restaurant, Hundegasse 124 stattfindenden

Unterhaltungsabend

laden wir alle Freunde und Anhänger unserer Bestrebungen nebst deren Familien ein.

Eintritt frei! Beginn 7 Uhr abends.

Der Vorstand.

Tischbutter, Käse, Margarine, Schmalz billig
Schiffelbamm 14-15, Ecke Baumgärtchegasse. 1881

Arbeiter! Agitiert für Eure Volkswacht!

Sämtliche Partei- und Gewerkschafts-Literatur

empfehlen Buchhandlung „Volkswacht“, Danzig, Paradiesgasse 32.

Abzählgeschäfte

S. Maltenfort
Erling, Alter Markt 1
Wohlfeil und Kommod

Alkoholfreie Getränke
Trinkt

Brandung
verz. Erfrischungsgetränk
Chr. Schatz

Essenanstalten

Deutsches Bad
Eibing
1. modernster Badeort
Bäder, Kabinen, Wasserfall, etc.
Tages- und Nachtbesuch

Bäckereien
A. Böhmer, Eibing, Danzigerstr. 15

Beerdigungsanstalten

H. Herder
Eibing, Danzigerstr. 15

Berufsbildung

Julius Goldstein
Eibing, Danzigerstr. 15

Bettfedern und Betten

System. Bettfedern- und Bettwaren
und Beschäftigungsbüro
Eibing, Danzigerstr. 15

Bierbrauereien

Danziger Akt.-Bierbrauerei
Jahresumsatz ca. 100000 hl.

Berhandlung
Herzschank & Zucht
Eibing, Danzigerstr. 15

Hotel
Eibing, Danzigerstr. 15

Carl Preuss. Graudenz
Eibing, Danzigerstr. 15

Bücherhandlung
Eibing, Danzigerstr. 15

Erntefabrik
Danziger Erntefabrik G. m. b. H.
Eibing, Danzigerstr. 15

Erntefabrik
Eibing, Danzigerstr. 15

Julius Goldstein
Eibing, Danzigerstr. 15

Gasanstalt
Eibing, Danzigerstr. 15

S. Lazarus
Eibing, Danzigerstr. 15

Werkzeugmaschinen
Eibing, Danzigerstr. 15

Werkzeugmaschinen
Eibing, Danzigerstr. 15

Erscheint wöchentlich einmal

A. Holz Nachf.
Schmiedegasse 19

J. Noetzel
Paradiesgasse 11
verz. Zigarren-Spezialitäten.

William Gräber
am Markt, Markt 22.

Max Krause, Danzig
am Hauptbahnhof
verz. Zigarren-Spezialitäten.

Corsetts und Schürzen

Julius Goldstein
Junkergasse 1
Lavadigasse 4

Damenputz u. Modewaren

Julius Goldstein
Junkergasse 1
Lavadigasse 4

Destillation, Liköre

A. Aifermann
Hauptdestillation
für goldene Kugeln
Danzig, Fischmarkt 43-44.

F. Berger
Eibing, Danzigerstr. 15

Oscar Schützmann
Eibing, Danzigerstr. 15

Drapes und Farben

Mythen-Propaganda, Farbwaren
Eibing, Danzigerstr. 15

Fabrikanten, Nähmaschinen

Ernst Böhl, Brautigasse 72.
Eibing, Danzigerstr. 15

Chr. Herzog
Eibing, Danzigerstr. 15

Oscar Seydel
Eibing, Danzigerstr. 15

Galanterie u. Lederwaren

Julius Goldstein
Junkergasse 1
Lavadigasse 4

Gelepenholzwaren

Häkergasse 10
Herren-Garderobe, Schahwan,
Herren-Garderobe

S. Lazarus
Eibing, Danzigerstr. 15

Werkzeugmaschinen
Eibing, Danzigerstr. 15

Werkzeugmaschinen
Eibing, Danzigerstr. 15

Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen

Schwesenz Langfuhr, Hauptstr. 22
Arbeiterbekleidung.

Alb. Mahke Eibing, Aker Markt 1
Arbeiter Bekleid.

Otto Daberkow Marienwerder, Markt 19
Herren- und Knaben-Garderoben, Herrenartikel
Spezialität: Berufsbekleidung

Herz Marienwerder
Kleider- und Berufsbekleidung

Herrenartikel

Julius Goldstein Junkergasse 1
Lavadigasse 4

Schmiedegasse 7
Eibing, Danzigerstr. 15

G. G. Plaumann Eibing, Danzigerstr. 15

Kaffee, Tee, Kakao

Wilhelm Ebner Eibing, Danzigerstr. 15

Zech's Kaffee ist der Beste
Eibing, Danzigerstr. 15

Paul Nentwig, Eibing
Kaffee-Ernt-Berater
Eibing, Danzigerstr. 15

Kartoffel

Partiwaren Gelepenholzwaren
Junkergasse 1
Lavadigasse 4

Johannes Schamp Eibing, Fischerstr. 43-44
Schuhwaren
Herren- und Knaben-Garderoben
Arbeiter-Garderoben
Nähmaschinen und Fabrikanten
Herrenartikel

Sally Bieber Stadtgebiet 68
Manufaktur, Kurz- und Schuhwaren sowie sämtl. Arbeitergarderoben.

Kino

Müllers Lichtspiele Graudenz
Lichtspiel-Palast,
Marienwerderstr. 19.
Web-Bühne, Obere Thornerstr. 11
jede Woche zweimal Programmwechsel.

Kohlen, Holz, Bricketts

G. Ehlert Eibing, Danzigerstr. 15

Kolonial- und Fettwaren

Rich. Folchert Eibing, Danzigerstr. 15

Kavon-Seife zu haben Schidlitz, Karthäuserstr. 90.

Otto Foth Eibing, Danzigerstr. 15

Franz Krzeminski Eibing, Danzigerstr. 15

Alex Salewski Eibing, Danzigerstr. 15

Alex Schalke, Fischmarkt 45

C. Schimmelmann vorm. Pruss
Schmiedegasse 11
Eibing, Danzigerstr. 15

Rob. Schulz Eibing, Danzigerstr. 15

Ono Rind Eibing, Danzigerstr. 15

Kartoffeln, Kinderwagen

Kartoffeln, Kinderwagen

Otto Mews Eibing, Fischerstr. 11

Meiselen

Arthur Schulz Eibing, Danzigerstr. 15

Molkereien

Friedr. Dohm Produkte in bekannter Güte
Niederlagen in allen Stadtteilen
Musikinstr., Grammophon etc.
Danziger Sprechmaschinen u. Fahrrad-Zentrale, Hundeg. 33
Reelle und billige Bezugsquelle für Abonnenten der Volkswacht.
Zahllos u. Reparaturen enorm billig.

Harmophon Musik
Hundegasse 15
Alleinverkauf der Harmophon-Fabrikate

Paul Jäschke Hundegasse 112
Teleph. Nr. 1957

Papier- und Schreibwaren

G. W. Petersen Eibing, Alter Markt 21
Schul- u. Büro-Artikel.

Sargmagazine

H. Kanthack Inh. A. Jacob
III. Damm Nr. 11, Danzig.

Schirme, Stöcke, Mützen

Julius Goldstein Junkergasse 1
Lavadigasse 4

Schneiderei-Artikel

Julius Goldstein Junkergasse 1
Lavadigasse 4

Schwarzwaren

L. Michaelis III. Damm Nr. 6
Heilige Geleisgasse 38
Arbeitsbedarf u. moderner Schuhwaren
reell und billig. Reparaturwerkstatt
in Hause.

Arbeiter-Extrabatt

Schuhwarenhaus Tuchler Holzmarkt 19
Unerreicht billige Preise

A. Krieg Neufahrwasser
Olivenstr. 67
Bismarckstr. 10-11

Geschw. Salinger Eibing, Alter Markt 27

Selbst u. Toiletteartikel

Julius Goldstein Junkergasse 1
Lavadigasse 4

Spielwaren

Julius Goldstein Junkergasse 1
Lavadigasse 4

Sprechmaschinen, Platten

J. Bogusch Melzergasse 1

A. Hein, Breitengasse 115.
L. Renters, Eibing, Schichaustr. 3.

Tricotagen, Wollwaren

Julius Goldstein Junkergasse 1
Lavadigasse 4

Uhren und Goldwaren
Karczewski, Junkergasse 1.

S. Lewy Nachfl. Uhrmacher u. Juweller
am Brütigasse 20, Eckschmieding
Joh. Teske, Schiffelbamm 15.

R. Schwartz Alt-Grabenstr.
Reparaturen gut und billig

Wilh. Link Uhrmachermeister
Eibing, Fischerstr. 36
Blau-Raketenstr.

J. Moeck Eibing, Alter Markt 24
Uhren, Ketten, Ringe

Paul Mulack Eibing, Alter Markt 2.
Max Schwarz, Eibing, Wasserstr. 11.

Wäsche, Weiß- u. Wollwaren

Julius Goldstein Junkergasse 1
Lavadigasse 4

Otto Reuter Inh. Heinrich Esau
ELBING
Größtes Spezialhaus für Arbeiter-Garderoben